Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 7 Mk. Durch die Post monatl. 7 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 70 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 300 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. Postscheckkonto: Leipzig 106848. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 40 Pf. | Halle, Dienstag, den 18. Oktober | 1. Jahrgang · Nr. 244

Gebt unsere Gefangenen frei!

Genosse Alfred Oelßner im Hungerstreik.

Tausende der besten Proletarier schmachten in den Kerkern der demokratischen Republik. Sie wurden abgeurteilt von den Gerichten der Weißen Justiz, von Richtern, die glaubten, durch Gewalturteile die kommunistische Bewegung töten zu können. Aber nicht gering ist auch die Zahl derjenigen, die im Gefängnis sitzen, ohne verurteilt zu sein. Zwar ist der Belagerungszustand aufgehoben und man kann nicht das bequeme Mittel der Schutzhaft anwenden, um politische Gegner lebendig zu begraben. Dafür wendet man eine andere Methode an: die Untersuchungshaft. Wir berichteten dieser Tage bereits, daß seit Monaten im Breslauer Untersuchungsgefängnis eine ganze Reihe kommunistischer Genossen sind, denen man bis jetzt trotz geriebenster Justizkniffe keine Vergehen hat nachweisen können. Wir haben Tatsachen berichtet, daß das Breslauer Gefängnis eine Hölle für die Gefangenen ist, daß sie in verwanzten Räumen hausen, daß das Essen für die politischen Untersuchungsgefangenen dasselbe ist, wie das für verurteilte Kriminalverbrecher. Fast jede Woche hängt sich im Breslauer Gefängnis ein zur Verzweiflung Getriebener auf.

Um die unerträgliche Willkürjustiz abzuschütteln, ist eine Anzahl Genossen in den Hungerstreik getreten. Einer telegraphischen Nachricht zufolge, die uns heute morgen aus Breslau zuging, befindet sich auch Genosse Alfred Oelßner, der frühere Bezirksleiter der KPD. für Halle-Merseburg, im Hungerstreik. Es wird die Nahrungsaufnahme verweigert, bis eine Freilassung der unschuldig Verhafteten erfolgt, oder der Tod eingetreten ist. Der Untersuchungsrichter hat es abgelehnt, den Justizminister von dem Verzweiflungsschritt der Breslauer Gefangenen zu benachrichtigen.

Die demokratische Ebert-Republik ist mit diesen Mordmethoden gegen politische Gefangene auf die Stufe des zaristischen Rußland herabgesunken. Haß und Empörung muß eine solche Behandlung ihrer Vorkämpfer unter der Arbeiterschaft hervorrufen. Eine Klasse, die mit derartig brutalen Kampfmitteln vorgeht, kann nicht erwarten, daß sie von der Arbeiterschaft mit Sammethandschuhen angefaßt wird. Wir warnen die herrschende Klasse, ihre Willkür zu überspannen. Das gesamte Proletariat darf nicht weiter ruhig zusehen, wie einer ihrer Führer nach dem andern in den Tod getrieben wird. Wie ein einziger Schrei muß die gesamte Arbeiterschaft den Machthabern in die Ohren gellen: **Gebt unsere Gefangenen frei!**

Für die Gefangenen!

Aus dem Preußischen Landtag.

Im Preußischen Landtag haben unsere Genossen wegen der skandalösen Behandlung der Gefangenen folgende Anfrage gestellt:

„Die Behandlung der Gefangenen in den Strafanstalten ist vielfach eine skandalöse. So wurden z. B. in Görlitz Strafgefangene geschlagen, vor den Leib getreten und gestoßen.

In Fort Zinna und in Kassel-Wehlheiden müssen die Gefangenen mit blutenden Händen Mohr flechten. In Wehlheiden sind dadurch vielen Gefangenen beide Daumen so schlimm erkrankt, daß sie ihm amputiert werden mußten.

In Heiligenstadt klagen die Gefangenen über provozierendes Auftreten der Beamten und über Luftmangel; sie befürchten mit Recht durch Tuberkuloseerkrankungen für ihr ganzes Leben ruiniert zu werden.

In Lichtenburg wurden drei Gefangene von Schupo durch einen Schuß, der von außen durchs Fenster drang, am Hinterkopf verletzt.

Empfindlicher Wäschemangel herrscht in allen Anstalten. Teilweise sind die Gefangenen nur noch in Lumpen gehüllt.

Die Arbeitszeit ist fast in allen Strafanstalten auf 9½ bis 10 Stunden ausgedehnt worden. Bei Mangel an Arbeit werden die Gefangenen gezwungen, stumpfsinnig ihre Zeit in den Sälen zu vertringen. Alles Lesen und Sprechen ist ihnen untersagt. So werden sie dem Wahnsinn zugetrieben.

Die Verpflegung ist in allen Anstalten so unzureichend, daß die Gefangenen allgemein über Hunger klagen. Noch immer wird nur die während des Krieges von 600 bis 700 Gramm auf 250 bis 285 Gramm herabgeminderte Brotration verabreicht.

Die ärztliche Behandlung ist durchweg nur eine ganz oberflächliche, weil sie zumeist nur nebenberuflich ausgeübt wird.

Das Sprechverbot für die Freizeit, obwohl längst aufgehoben, wird in einzelnen Anstalten noch immer aufrecht erhalten.

Eine nach modernen Gesichtspunkten zusammengestellte Bibliothek fehlt in allen Anstalten. Dem Justizministerium sind diese barbarischen Zustände bekannt.

Was ist bisher geschehen, diese Mißstände abzustellen?

Werden die schuldigen Beamten sofort ihres Amtes enthoben werden?

Ist das Staatsministerium bereit, mit größter Beschleunigung an eine Reform des Strafvollzugs nach modernen Grundsätzen heranzugehen?"

Weiter haben unsere Genossen folgenden Antrag gestellt:

„Der Strafvollzug ist nach modernen humanen Grundsätzen umzugestalten.

Die Ernährung muß gut und ausreichend sein.

Für genügende Kleidung und Wäsche ist Sorge zu tragen.

Den Gefangenen ist weitgehendes Selbstverwaltungsrecht unter Bildung von Gefangenenräten zu gewähren.

Die Gefangenen haben das Recht, völlig ungehinderten, mündlichen und schriftlichen Verkehrs mit ihrem Rechtsbeistand und mit den Mitgliedern der Volksvertretungen vom ersten Augenblick der Inhaftnahme an.

Die Gefangenen haben das Recht völlig ungehinderter Korrespondenz. Sie sind ferner berechtigt, täglich während der Besuchszeit ungehindert Besuch zu empfangen.

Die Gefangenen haben das uneingeschränkte Recht zum Bezug und zum Lesen politischer Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren und Bücher. Die Gefängnisbibliotheken müssen von der politischen und religiösen Traktätchenliteratur gesäubert werden. Dafür sind literarisch und wissenschaftlich wertvolle Bücher in größerem Umfange bereitzustellen.

Dunkelarrest und Einzelhaft dürfen nicht als Strafe verhängt werden.

Gefängnisbeiträte sind auch für Untersuchungsgefängnisse einzuführen.

Alle Gefangenen sind nach Wunsch und Fähigkeit unter Ausschaltung aller unproduktiven Tätigkeit zu beschäftigen.

Jede Beschäftigung ist mit Rücksicht auf spätere produktive Tätigkeit auszugestalten.

Bei dem Eintritt in die Strafanstalt und bei der Entlassung ist der Grad der Erwerbsfähigkeit jedes Gefangenen festzustellen und zu bescheinigen. Für Erhaltung der vollen Erwerbsfähigkeit ist unbedingt Sorge zu tragen.

Löhne und Arbeitsbedingungen sind nach den örtlichen Berufstarifen festzusetzen. Die Arbeitszeit darf acht Stunden für Erwachsene und sechs Stunden für Jugendliche nicht überschreiten. Die Arbeitsräume müssen hygienisch und technisch einwandfrei sein. Zumindest müssen sie den gewerbepolizeilichen Vorschriften genügen.

Den örtlichen Gewerkschaftskartellen steht das unbeschränkte Kontrollrecht zu. Ueberschüsse aus dem Arbeitsbetrieb sind den Gefangenen voll gutzuschreiben.

Die Entente-Entscheidung über Oberschlesien.

Bis zum letzten Augenblick klammerte sich die deutsche Bourgeoisie an den Strohhalm der englischen Hilfe. Aber es war wieder nur ein schöner Traum. Sobald die Entscheidung des Völkerbundrats bekannt geworden war, erklärte die bürgerliche Presse Englands mit völliger Einmütigkeit von rechts bis links, daß nun nichts mehr zu ändern sei. Man hätte sich zwar die Entscheidung anders denken können, aber England habe sich eindeutig verpflichtet, den Schiedsspruch des Völkerbundes anzunehmen, und jetzt müsse England sein Wort halten. Das heißt, in Wirklichkeit sind die Dinge so verlaufen: Lloyd George konnte im Obersten Rat nicht gut vor Briand kapitulieren, weil dies für ihn eine zu starke persönliche Blamage gewesen wäre. So hat sich England zur Wahl eines anderen Kampffeldes, nämlich des Völkerbundrates bereit erklärt, auf dem es verlieren mußte. Die englische Regierung wußte dies, und sie wollte die Partie mit Anstand verlieren. Oberschlesien war eben, was man in Deutschland nicht einsehen wollte, nur ein Schachobjekt innerhalb der großen weltpolitischen Auseinandersetzung, die in der Washingtoner Konferenz gipfeln wird. England hat in Oberschlesien den Franzosen ihren Willen gelassen, es wird in Washington seine Gegenrechnung präsentieren.

Mit schneidender Ironie fertigt die Pariser Presse die deutschen Bürgerlichen und Rechtssozialisten ab. Der „Temps" meint, daß die Deutschen sich allerlei über den Beistand Englands eingeredet hätten, jetzt erwachen sie aus den Illusionen, schlagen Lärm und wollen Herrn Wirth zum Teufel jagen. Aber „ein Rücktritt des Kabinetts Wirth würde an der tatsächlichen Lage nichts ändern; Deutschland muß sich beugen und muß seine Verpflichtungen ausführen, denn es hat nicht das Recht zu vergessen, daß es eine besiegte Nation ist, die Verbrechen zu sühnen und Wiedergutmachungen zu leisten hat"!

Rücktritt Wirths so gut wie sicher.

Berlin, 18. Oktober. Die Besprechungen der Parteiführer mit dem Reichskanzler haben heute nachmittag 4 Uhr begonnen und wurden erst spät abends beendet. Das Zentrum war durch die Abgeordneten Marx, Dr. Spahn und Becker-Arnsberg vertreten, die Demokraten durch die Abgeordneten Petersen, Erkelenz und Koch. Für die Sozialdemokraten waren Hermann Müller und Wels zugegen. An der Konferenz wurde die ganze Lage, die durch die Genfer Entscheidung entstanden ist, erörtert mit ihrer Rückwirkung auch auf die innere und auswärtige Politik des Reichs. Auch die Frage der Kohlenverteilung wurde besprochen. An einem Teil dieser Erörterung nahmen auch Vertreter der Deutschen Volkspartei teil, durch die Abgeordneten Stresemann und Kempke vertreten. Die Besprechungen werden am Dienstag fortgesetzt. Man hofft, daß bis dahin vom Reichsverband der deutschen Industrie feste Beschlüsse bezüglich des Kreditangebotes vorliegen, so daß die Steuer- und Finanzfragen, in denen die Mitteilungen bekanntermaßen noch sehr auseinandergehen, auf dieser Grundlage mithesprochen werden können. Beschlüsse über den Hauptberatungspunkt wurden nicht gefaßt, insbesondere auch nicht darüber, ob und wann das Kabinett gegebenenfalls zurücktreten hätte.

Bankrott!

1 Dollar 195 Mark. — 1 Mark 2½ Pfennig!

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Dollar stieg gestern im Laufe des Tages von 153½ bis 195 Mark. Die Mark ist nunmehr noch 2½ Pfennig wert.

Zur neuen Wirtschaftspolitik Sowjet-Rußlands.

Von G. Krumin.*)

Gegenüber der neuen Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht haben wir wieder die übliche Einheitsfront von Mariow bis Peter Struve, von den Radikalsten der linken Menschewiki bis zu der rechten Gruppe der Kadettenpartei, die sich um die Leitung „Rul" gruppiert. Das Thema ihrer täglichen Stilübungen ist „Lenin gegen den Kommunismus" (so hat zum Beispiel Martow seinen Artikel in der „Freiheit" überschrieben). Sie übertreffen sich gegenseitig in Versuchen, nachzuweisen, daß die Kommunistische Partei die neue Wirtschaftspolitik nicht verwirklichen kann. Denn ihre Verwirklichung bedeutet: „Freie (natürlich vom Kommunismus) Räte", „Freiheit der Rede der Presse" für die Menschewiki und Kadetten usw. Sie alle stellen einstimmig fest, daß die Hauptursache der wirtschaftlichen Zerrüttung Rußlands darin besteht, daß die Bolschewiki die Freiheit des Wirtschaftsbetriebes aufgehoben haben.

Wir werden uns nicht mit dem Inhalt der Konstruktion dieser „Einheitsfront" beschäftigen. Solche Dinge, wie die Behauptung, die Diktatur des Proletariats sei mit der Freiheit der Wirtschaftsführung vereinbar (theoretisch und praktisch), die politische Macht des Proletariats mit den verschiedensten Wirtschaftsformen — sind schon im großen und ganzen der großen Masse der Kommunistischen Partei langweilig geworden, oder beginnen, sagen wir vorsichtigerweise langweilig zu werden. Der Uebergang von der Front des Bürgerkrieges an die Front des Wirtschaftsaufbaus kommt jetzt sowohl in dem Bewußtsein und der Stimmung, als auch in der praktischen Arbeit zum Abschluß.

Halten wir jedoch eine Teilwahrheit in den Konstruktionen dieser „Einheitsfront" fest, die, um zu einer ganzen Wahrheit zu werden, nur anders formuliert werden muß und durch die die ganze konterrevolutionäre Front selbst gleichzeitig die Richtigkeit unserer neuen Politik beweist. Das ist die Behauptung, daß die Hauptursache der Zerrüttung die Vernichtung der freien Wirtschaftsführung ist.

Es ist ganz richtig, daß die Hauptursache der völligen Zerrüttung unseres Wirtschaftslebens die Tatsache ist, daß das russische Proletariat und Bauerntum im Laufe von drei Jahren (dazu noch nach dem vierjährigen imperialistischen Kriege!) Krieg führen mußte gegen den ganzen Block der russischen Konterrevolution von den Menschewiki bis zu den Kadetten und Schwarzhundertern bei aktiver Unterstützung des ganzen Weltimperialismus. Einen ähnlichen Kampf und Heldenmut kennt die Weltgeschichte nicht. Nie hat ein zurückgebliebenes Land wie Rußland sieben Jahre ununterbrochen Kampf geführt und siegreich beendet, und es ist ganz klar, daß in dem Prozeß dieses angestrengtesten Kampfes von „der Freiheit der Wirtschaftsführung" nur klägliche Ueberreste nachblieben. Das Land wurde nach den rauhesten Gesetzen der Kriegszeit regiert. Staatliche Einmischung, Regulierung, Verwaltung in unvergleichlich größerem Maße als in allen kriegführenden Ländern des Kapitalismus mußten im maximalen Umfange Platz greifen. Hieraus folgt klar wie Sonnenlicht, daß es den Menschewiki und Kadetten nicht ansteht, Tränen zu vergießen über die Zerrüttung und uns über die „Freiheit der Wirtschaftsführung" zu belehren.

Wir sind aus dem Krieg siegreich hervorgegangen und haben ohne eine Minute zu zögern wieder „normale" Wirtschaftspolitik aufgenommen, so wie es der Oekonomik Rußlands in der Uebergangsperiode und den Interessen der herrschenden Klasse, des Proletariats, entspricht. Selbstverständlich denkt unsere neue Wirtschaftspolitik nicht daran, den Menschewiki und Kadetten wieder „Preßfreiheit" zu gewähren, auf die Martow so hartnäckig besteht, und die Freiheit der Wirtschaftsführung im Sinne völliger Wiederherstellung des Kapitalismus wieder einzuführen, wie es Martow und Struve erträumen. Aber unsere neue Wirtschaftspolitik gibt allen in organisatorischer und administrativer Beziehung wertvollen Elementen der alten Welt die volle Möglichkeit, alle ihre Kenntnisse und ihre ganze Erfahrung nutzbringend zu verwerten.

Wir erklären, für uns ist das höchste Gesetz, die materiellen Hilfsquellen des Landes um jeden Preis zu vermehren, die Produktivkräfte zu heben und zu entwickeln, und das alles mit allen erdenklichen Methoden und Mitteln.

Unsere Republik ist im Resultat der Wirtschaftsführung der Menschewiki und Kadetten, der Ueberfälle und Raubzüge bettelarm geworden. Alle Vorräte sind erschöpft, die produktive Tätigkeit ist zerstört. Wir verstehen das im vollen Umfange, begreifen, daß der Wiederaufbau der Wirtschaft Jahrzehnte erfordert, und ziehen hieraus alle Konsequenzen. Wir geben der Kleinindustrie und dem Handwerk Spielraum und werden ihnen jede mögliche Hilfe und Unterstützung erweisen. Denn im gegenwärtigen Moment ist die wichtigste Aufgabe der Wiederaufbau unserer landwirtschaftlichen Produktion, wodurch die sozialistische Wirtschaft ein festes Fundament erhält. Wir werden dem Kapitalisten unsere Unternehmen, sogar im Betrieb befindliche, verpachten unter der Bedingung, daß der Kapitalist die Produktion rationeller organisiert und die Produktivität hebt. Wir sind unter gewissen Bedingungen sogar bereit, Konzessionen auf unsere großen Produktionseinheiten zu erteilen.

Wir verstehen, daß hierin kein logischer Widerspruch gegenüber der Diktatur des Proletariats enthalten ist. Um so mehr in bezug auf Rußland. Wenn wir daher mit den Kapitalisten Verträge ab-

*) Aus der demnächst erscheinenden Nr. 7—9 der „Russischen Korrespondenz".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211018-13/fragment/page=0001

schließen, schaffen wir ihnen alle notwendigen Garantien und Vorbedingungen für rationelle Wirtschaftsführung.

Darüber aber lassen wir keinen Augenblick außer acht, daß dieser Prozeß, wie überhaupt jeder, zwei Seiten hat, so lange kapitalistische Länder gleichgeitig und neben sozialistischen existieren.

Jede neue Verpachtung eines Unternehmens bedeutet Wachsen und Konsolidierung der uns feindlichen Kräfte. Es taucht die Gefahr auf, daß bei der jetzigen Lage der Dinge sowohl Spezialisten als auch Arbeiter bestrebt sind, auf kleine Pacht- oder Konzessionsbetriebe überzugehen. Bekanntlich gehört unser Apparat auch nicht zu den saubersten, weil Bestechungen usw. im großen Umfange möglich sind. Das alles stimmt wohl, welches aber ist die Kehrseite der Medaille? Der proletarische Staat entledigt sich der Sorgen um die Materialbeschaffung der verpachteten Betriebe, während er gleichzeitig die Möglichkeit erhält, seine dürftigen Hilfsquellen auf eine geringe Zahl Produktionseinheiten zu verteilen und damit den auf jede einzelne entfallenden Teil zu vergrößern. Das erstens. Zweitens werden die staatlichen Hilfsquellen durch Abgaben vergrößert, die die Pächter auf ihre Produktion zu leisten haben. So hat der Staat im Resultat dieser Politik die Möglichkeit, seine Wirtschaft und seine Institutionen gesunden zu lassen, nicht auf dem Wege von Befehlen und Verordnungen (die wir natürlich nicht „prinzipiell" ablehnen), sondern auf dem Wege lebensfähiger Tarif- und Versorgungspolitik.

Das aber ist die Hauptsache.

Darum müssen wir an die Arbeit, ohne für eine Sekunde das Grundkriterium aus den Augen zu verlieren: Maximum an Produkten mit allen erdenklichen Methoden. Nach der Quantität und Qualität des Erzeugten wird die Republik über die Arbeit jeder einzelnen Produktionszelle urteilen.

Reaktionärer Wahlsieg in Berlin.

Berlin, 18. Oktober. Nach den vorläufigen Berechnungen des städtischen Wahlbureaus sind bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag insgesamt 1 672 513 Stimmen abgegeben worden, von denen auf die bürgerlichen Parteien 845 773, auf die drei sozialistischen 826 740 Stimmen entfallen. Danach werden die Bürgerlichen mit einer geringen Mehrheit, vielleicht infolge der Listenverbindungen auch nur in gleicher Stärke mit den sozialistischen Parteien in das Parlament einziehen. Jetzt schon ihre genaue Stärke angeben zu können, wäre verfrüht, da erst nach die Sitzungen des Kreiswahlausschusses am 20., 22. und 25. Oktober abgewartet werden müssen.

*

Die Stadtverordnetenwahlen in Berlin, als der Hauptstadt und größten Arbeiterstadt des Deutschen Reiches, haben ihre Bedeutung über den engeren Kreis von Berlin hinaus. Nicht daß wir glauben, mit dem Stimmzettel allein könne die bürgerliche oder proletarische Macht auch nur in Berlin erobert oder gehalten werden; — immerhin gibt das Wahlresultat ein ungefähres Bild von der Verschärfung der Klassengegensätze, von dem Aufmarsch der Klassen und ihrer Schichten und der beginnenden Klärung und Erkenntnis ihrer Lage.

Die Wahlbeteiligung des Bürgertums war größer als die der Arbeiterschaft. Bei den letzten Wahlen im Juni 1920 erhielten die Rechtssozialisten und die Unabhängigen zusammen 917 243 Stimmen, denen 727 243 bürgerliche Stimmen gegenüberstanden. Die SPD. erhielt damals 39, die USP. 86 Sitze, von denen dann später bei der Spaltung 22 auf die KPD. übergingen.

Bei der Wahl am Sonntag haben die Rechtssozialisten rund 41 000 Stimmen mehr erhalten als bei der letzten Stadtverordnetenwahl. Dagegen haben die Unabhängigen schwere Verluste erlitten. Rechnet man die für unsere Partei bei dieser Wahl abgegebenen 145 345 Stimmen von den bei der vorigen Wahl für die USP. abgegebenen Stimmen ab, so hätte die Partei Hilferdings rund 488 000 Stimmen erhalten müssen. Sie erhielt am Sonntag aber nur 297 486 Stimmen und hat somit nahezu die Hälfte ihrer Gefolgschaft eingebüßt. Für die Kommunistische Partei läßt sich ein Vergleich nur mit den letzten Landtagswahlen im März d. J. ziehen, da sie sich an der vorigen Stadtverordnetenwahl nicht beteiligte. Im Vergleich zur Landtagswahl hat aber die KPD. ihre Stimmenzahl von 112 260 auf 145 345 **steigern können**, ein Zeichen also, daß die „sterbende KPD." lebt und an Einfluß in den Massen gewinnt.

Bei den bürgerlichen Parteien ist zu konstatieren, daß die Deutsche Volkspartei 27 215 und das Zentrum 5331 Stimmen verloren, wohingegen die Demokraten 4000 und die Deutschnationalen sogar nicht weniger als rund 120 000 Stimmen mehr erhalten haben.

Die Sammlung der Arbeiterschaft um ihren Klassenpol, die Kommunistische Partei, und die Erkenntnis der eigenen Lage ist beim Proletariat viel langsamer vorangeschritten. Das Wahlresultat zeigt, daß die indifferenten Schichten innerhalb der Arbeiterschaft noch viel größer sind, als man geglaubt hatte. Noch immer hoffen große Arbeitermassen, durch die Arbeitsgemeinschaft, durch ein Zusammengehen mit den Bürgerlichen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet um den Kampf herumzukommen. Das bedeutet das gute Wahlresultat der SPD.

Die Wahl zeigt, daß die Kommunisten es noch mehr lernen müssen als bisher, ihre Politik so auf die einfachen Arbeitermassen einzustellen, daß diese in den Kommunisten ihre natürlichen und besten Führer sehen. Das Wahlresultat lehrt uns, wie große Aufgaben noch unserer harren. Es liegt kein Grund für uns vor, an unserem endlichen Sieg zu zweifeln. Vielmehr zwingen uns die Wahlen, energischer und besser als bisher an die Eroberung der Massen heranzugehen.

Der Dampfer „Bolschewik" und die deutschen Behörden.

Auf die schamlosen Schikanen der deutschen Hafenbehörden gegen den russischen Dampfer „Bolschewik" hat die Besatzung an den „Deutschen Schiffahrtsbund" folgendes Schreiben gesandt:

„An den „Deutschen Schiffahrtsbund" in Hamburg.

Genossen!

Wir, die Besatzung des Dampfers „Bolschewik", wenden uns an Euch und bitten um Hilfe und Beistand zur Aufklärung der Verhältnisse, in welchen wir uns befinden in der freien Stadt Hamburg, in der wir ankamen in der Hoffnung, ebenfalls so empfangen zu werden, wie wir die Besatzungen der ersten ankommenden Schiffe in Petrograd empfingen.

Hier angekommen am 7. Oktober, befinden wir uns unter strenger Bewachung seitens der Sipo-Polizei, obwohl die Sanitätsbehörden das Schiff freigegeben haben. Die Besatzungen von Schiffen anderer Nationen haben und genießen die volle Freiheit, wir aber werden wie Verbrecher behandelt, deren einzige Schuld ist, daß sie in Sowjet-Rußland angehörig sind.

In der Hoffnung, daß unser Hilferuf nicht vergeblich sein wird und daß Ihr, Genossen, uns die helfende Hand reichen werdet, grüßen wir Euch im Namen aller Sowjet-Russlands.

Der Artikel im „Hamburger Echo" vom 11. Oktober (Nr. 474, Morgenausgabe) ist eine durchaus niederträchtige Lüge, von der Ihr Euch überzeugen könnt, wenn Ihr, Genossen, das Schiff besuchet.

Im Namen der Besatzung des Dampfers „Bolschewik".

Hamburg, den 13. Oktober 1921.

(Es folgen die namentlichen Unterschriften der Besatzung)."

Zu diesem Brief bemerkt der „Deutsche Schiffahrtsbund", die heutige Behandlung russischer Seeleute in Deutschland habe kein Gegenstück in der neueren Geschichte. Aber sie passe hinein in diese Gesellschaft der Staatsraison und des Weißen Terrors. Diese jungen Sipoleutnants, die die Mannschaften des Dampfers schikanieren und wie Häftlinge eines Gefängnisses bewachen, seien ja als Reaktionäre geboren und so könne man von ihnen nichts anderes erwarten. Unglaublich sei es jedoch, daß sich die deutschen Behörden und Offiziere bei ihrem Tun auf die Anweisungen der Reichsregierung (!) berufen können. Während in Rußland die Besatzungen aller Schiffe, auch der deutschen, das unbeschränkteste Recht der freien Bewegung haben, glaube die deutsche Regierung, die russischen Seeleute könnten zu einer Gefahr für die bürgerliche Schiffahrtsjugend deutscher Seeleute und Arbeiter werden. Der „Deutsche Schiffahrtsbund" droht an, falls die russischen Seeleute weiter nicht an Land kommen dürften, durch eine um so eifrigere deutsche Propaganda der Regierung die Antwort zu geben.

Wir Kommunisten können uns dem Protest der Schiffsbesatzung und des „Deutschen Schiffahrtsbundes" nur anschließen. Es ist schamlos, wenn ein sozialdemokratisches Blatt, wie das „Hamburger Echo", noch versucht, die unsinnige konterrevolutionäre Maßnahme der preußischen und Hamburger Polizei noch zu rechtfertigen. Wenn die Schiffe der konterrevolutionärsten imperialistischen Staaten in Deutschland alle „Segnungen" des Völkerrechts genießen, müssen wir es um so viel mehr für die Schiffe und die Besatzungen unseres russischen Bruderstaates verlangen.

Nieder mit der Hungerblockade gegen den Kartoffelwucher.

Die Bezirksleitung der KPD. Groß-Thüringen erläßt gegen den schamlosen Kartoffelwucher einen Aufruf. Im Aufruf heißt es:

Die unhaltbarsten Zustände herrschen auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung. Seit Wochen bereiten Aufkäufer die Thüringer Orte und bieten 70 bis 110 Mark für den Zentner. Wenn z. B. Anfang Oktober deutsche Kartoffelschieber franko bis Bahnhof den Zentner Kartoffeln für 40 französische Franken anboten, so ist das bei dem damaligen Kursstand ein Preis von

179,70 Mark für den Zentner.

Mit derartigen Riesengewinnen werden die Kartoffeln nach dem Ausland verschoben. Während dort Ueberschuß an diesen Lebensmitteln vorhanden ist, fehlt es der arbeitenden Bevölkerung Thüringens und Deutschlands an Kartoffeln."

Der Aufruf schließt mit folgendem Appell an die Arbeiter:

„In allen Orten müssen die Arbeiter Kundgebungen veranstalten und durchsetzen, daß die Gemeinden die Kartoffelversorgung übernehmen und den Konsumgenossenschaften die Verteilung übertragen.

Die Vorausse ung zur Verwirklichung dieser Maßnahmen ist die restlose Erfassung der Kartoffelernte und der gesetzliche Zwang, daß die Kartoffeln den Gemeinden zum gleichen Preise von 25 Mk. pro Zentner geliefert werden, als es an die Orgeschiten und Deutschnationalen geschieht.

Zur Verhinderung der Verschleuderung der Lebensmittel durch Schieber ist die schärfste Kontrolle der Lieferung und des Verkehrs notwendig.

Zu diesem Zwecke müssen umgehend aus Vertretern der Gewerkschaften, der Arbeiterparteien, der Gemeinden und Genossenschaften Kontrollorgane gebildet werden.

Arbeiter Thüringens! Wollt ihr eure weitere Verelendung verhindern, dann formiert die einheitliche Kampffront und verwirklicht vorstehende Forderungen."

Gärung unter den Bergarbeitern.

Kampfstimmung im Zeitz-Weißenfelser Kohlengebiet. — Mißtrauensvotum gegen die Zentralvorstände.

Eine am letzten Freitag in Zeitz stattgefundene Vollversammlung der Betriebsräte des Zeitz-Weißenfelser Kohlenreviers hatte sich mit wichtigen Dingen beschäftigt. Zu der letzten Lohnbewegung wurde von dem Betriebsrat Scheller erklärt, daß innerhalb der Belegschaften eine große Mißstimmung herrsche, da die Erhöhung von 7,50 Mk. in gar keinem Verhältnis zu der Teuerung steht. Betriebsrat Steinmetz gab bekannt, daß die Lohntafel bereits gekündigt sei und neue Verhandlungen im Gange sind. Es wurde stark ausgedrückt, daß die Gewerkschaften sich bewußt werden müssen, daß die Betriebsräte mehr Einfluß auf die Gewerkschaftspolitik haben als die Vertrauensleute, darum müssen sich die Gewerkschaften mehr an die Betriebsräte halten. Der Manteltarif sei auf jeden Fall zu ändern, da er bereits schroff durchbrochen sei. Der stärkste Faktor, der der Arbeiterschaft entgegensteht, sei die Reichsregierung. Der Hauptvorstand der Bergarbeiter hat erklärt, daß er an der alten Forderung festhalte.

Folgender Antrag fand einstimmig Annahme:

„Die Betriebsräte des Zeitz-Weißenfelser Reviers stehen auf dem Standpunkt, daß den Zentralvorständen der Gewerkschaften, welche bei den letzten Lohnverhandlungen beteiligt waren, unsere Mißstimmung auszusprechen ist. Sie verlangen, daß bei den neuen Verhandlungen unbedingt an den geforderten Erhöhungen festgehalten werden muß. Ist das nicht der Fall, dann ist für die feste Position, welche die Gewerkschaften hier im Revier haben, das Schwerste zu befürchten."

Betriebsrat Frenzel erstattet den Bericht über die unerhörten Vorgänge auf den Leonhard-Werken. Sämtliche neun Kameraden haben ihre Entlassung erhalten, die folgenden Inhalt trägt:

„Als Vertreter der Braunkohlenwerke Leonhard, Aktiengesellschaft zu Zipsendorf, kündige ich Ihnen Ihr Arbeitsverhältnis hierdurch ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, also derart, daß Sie sofort aus der Arbeit entlassen sind.

Die Entlassung geschieht auf Grund der durch die Strafkammer des Landgerichts Naumburg durch Urteil vom 6. Oktober 1921 festgestellten Tatsachen."

Die Einwände, die dagegen erhoben wurden, schob die Werksleitung kühl beiseite. **„Das nützt alles nichts, das Urteil bleibt doch bestehen!"** erklärte sie. Für sie besteht eben das Betriebsrätegesetz nur, um es gegen die Arbeiter auszunützen. Der Oberschaffmacher lehnte eine Betriebsratssitzung ab; er erklärte, eine Revision der Entlassung könne nicht in Frage kommen. „Eine Revision des Urteiles nützt doch nicht viel. Der eine Verurteilte bekommt vielleicht einen Monat mehr, der andere einen Monat weniger."

Weiter wurde mitgeteilt, daß gegen den Obersteiger Bräuer Anklage erhoben ist. Sodann gelangt folgender Antrag einstimmig zur Annahme:

„Die am heutigen Tage stattfindende Betriebsräte-Konferenz des Zeitz-Weißenfelser Reviers nimmt Kenntnis von dem Vorgehen der Werksherren des Meuselwitzer Reviers. Sie beschließt einstimmig, drei Kameraden zu der am 15. Oktober stattfindenden Konferenz in Meuselwitz zu delegieren. Sie steht auf dem Boden der Vorschläge von Meuselwitz und macht ihr weiteres Vorgehen von den Beschlüssen der Meuselwitzer Betriebsräte abhängig."

Da über die Erhöhung der Kassenbeiträge noch große Unklarheit herrscht, erklärt Kamerad Macht, daß die Erhöhung von 4,60 Mk. sich auf Alters- und Invalidenversicherung bezieht.

Die Frechheit und Skrupellosigkeit des Grubenkapitals nimmt immer mehr herausfordernde Formen an. Die Betriebsräte, die **für die Arbeiterschaft** eintreten, sind dem Kapital ein Dorn im Auge. So erklärte man den Betriebsräten durch den Mund des Obersteigers Brauer vom Abraum Wählitz:

Wenn die Betriebsräte meines Betriebes nochmals zu einer Konferenz in Zeitz oder Luckenau gehen und zwei Stunden feiern, müssen sie eine ganze Schicht feiern. Die Konferenz ist eine Privatsache.

Gegen eine derartige Provokation müssen die Arbeiter unbedingt Stellung nehmen. Dem Grubenkapital muß der Zahn gebrochen werden, mit dem es glaubt, die Vertreter der Arbeiterschaft **zerfleischen zu können.** Solidarität und Klassenbewußtsein wird der Arbeiterschaft den Sieg leichter machen; mag dann kommen, was wolle!

In der Versammlung wurde noch die Delegation zu dem am 23. Oktober in Halle stattfindenden Betriebsrätekongreß in Mitteldeutschland gewählt und beschlossen, den 9. November durch Arbeitsruhe zu feiern.

Die Eisenbahnerbewegung im Bezirk Halle a. S.

Der Bezirksvorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter schreibt uns:

Am 14. Oktober 1921, vormittags 11 Uhr, fanden im hiesigen Direktionsgebäude Verhandlungen zwischen Vertretern des Reichsverkehrsministeriums, der Eisenbahndirektion und den Eisenbahnergewerkschaftsführern zur Beilegung der Streitigkeiten bezüglich der Auslegung des Reichslohntarifs und Aufrechterhaltung des Achtstundentages statt.

Bei dieser Tagung wurde leider eine Einigung über strittige Punkte nicht erzielt. Die Vertreter der Großorganisationen beschlossen deshalb, die Verhandlungen hierüber in Berlin bei den Zentralstellen fortzusetzen.

Am gleichen Abend wurde von der Ortsgruppe der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter eine Mitgliederversammlung im „Pfälzer Schießgraben" abgehalten, die den Zweck hatte, die Mitglieder über den Stand der Bewegung aufzuklären. In dieser Versammlung wurde den Beteiligten in zwei eingehenden Referaten die augenblickliche Lage, wie sie eingangs kurz erwähnt worden ist, geschildert.

Im Verlauf der freien Aussprache machte sich die Stimmung dahin bemerkbar, **daß die Eisenbahner mit der wenig entgegenkommenden Haltung der Regierungsvertreter durchaus nicht zufrieden waren**, so daß am Schluß der Versammlung nachstehende Entschließung zustande kam:

Entschließung.

Die heute in dem „Pfälzer Schießgraben" (Robert Franzstr. 16) versammelten Mitglieder der Ortsgruppe Halle a. S. der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter, sowie die Ortsgruppenleiter des Bezirks Halle a. S., beschließen was folgt:

„In der Erkenntnis, daß der Achtstundentag in Gefahr ist, sind wir gewillt, alles daran zu setzen, um diese Gefahr abzuwenden.

Wir bringen besonders zum Ausdruck, daß der Bezirksvorstand der Reichsgewerkschaft Halle a. S. in dieser Bewegung bis heute richtig gehandelt und voll und ganz unser reichsgewerkschaftliches Interesse gewahrt hat.

Wir sprechen daher unserem Bezirksvorstand einmütig unser Vertrauen aus und sind überzeugt, daß er in diesem Geiste weiter den Kampf führen wird.

Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen.

*

Wolffs Bureau verbreitet die Meldung — und „Leipziger Neueste Nachrichten", „Hallesche Morgen-Zeitung" usw. übernehmen sie unbesehen —, daß bei einer geftrigen Urabstimmung in der Eisenbahnhauptwerkstatt Halle 1087 für und etwa 200 gegen den Streik gestimmt hätten. Die Abstimmung hat gestern überhaupt nicht stattgefunden. Bei der früheren Urabstimmung aber war die Mehrheit für den Streik viel größer, als in den neuesten Schwindelzahlen angegeben ist.

*

Der reaktionäre Ansturm gegen die Eisenbahner.

Der Bezirksbetriebsrat der schlesischen Eisenbahndirektion versendet ein Schreiben, in dem er darauf aufmerksam macht, daß durch eine neue Ministerialverfügung von den Eisenbahnern ein Dienst bis zu 15stündiger Dauer verlangt wird. Weiter wird erklärt, daß der Bezirksbetriebsrat darin eine ungesetzliche Vergewaltigung erblicke und daß er weiterhin von derartigen Maßnahmen der Oeffentlichkeit Kenntnis geben werde, wodurch eine größere Aktion nicht zu vermeiden sein wird, für die er jedoch jede Verantwortung von vornherein ablehnen müsse.

*

Die Eisenbahner gegen die Stinnesierung der Eisenbahn.

In letzter Zeit mehren sich in der bürgerlichen Presse in auffälliger Weise die Stimmen, die für eine Ueberführung der Reichseisenbahnen in den Besitz der Großindustrie und damit für die Auslieferung der Eisenbahner an das Privatkapital eintreten. Der Hauptrufer in dem Streit für die Stinnesierung der Eisenbahn ist der ehemalige Eisenbahnminister Breitenbach. Den deutschen Eisenbahnarbeitern und -beamten ist die Gefahr wohl bewußt, die ihnen aus der Verwirklichung derartiger Pläne erwachsen kann. Das zeigt eine Versammlung der Dresdener Eisenbahner, die zu dieser Frage eine Entschließung einstimmig annahm, die sich dagegen wendet. Es wird darin zum Ausdruck gebracht, daß die Eisenbahner bereit sind, mit den schärfsten Mitteln sich gegen derartige Machenschaften zu verteidigen, die nur darauf hinauslaufen, dem Großkapital auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung die Taschen zu füllen. Die Eisenbahner in ganz Deutschland müssen zu dieser Frage Stellung nehmen. Es wäre aber wünschenswert, wenn der ADGB. und die anderen sozialistischen Parteien auch unzweideutig zu verstehen geben, daß sie bereit sind, die Eisenbahner in den kommenden Kämpfen zu unterstützen, die die Reichseisenbahnen dem Zugriff der Kapitalisten entziehen wollen.

Rußlandhilfe.

Ein schönes Zeichen brüderlicher Solidarität. Die Elektrizitätsarbeiter der Zentrale Moabit übermiesen dem Komitee Arbeiterhilfe ihre zweite Rate von 941 Mk. und haben bis heute 2441 Mk. gesammelt. Eine auf Anregung der KPD. in Mannheim veranstaltete Sammlung erbrachte für das hungernde russische Volk den Betrag von 20 186,10 Mk. Die Belegschaft der Zigarettenfabrik Garbaty hat bei einer Sammlung für Sowjet-Rußland die Summe von 10 647 Mk. aufgebracht.

Ein leuchtendes Beispiel. Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Mülheim-Ruhr bewilligte auf Antrag der Genossen Lutz und Böser 2000 Mk. für die Russenhilfe.

Für die „Rote Hilfe".

In Düsseldorf, dem Sitz des Gaukomitees West, wurde in der vergangenen Woche eine Werbewoche für die „Rote Hilfe" abgehalten. Außer einem intensiv betriebenen Verkauf von Karten und Marken, deren Ergebnis noch nicht feststeht, wurden einige Konzerte und Festlichkeiten abgehalten, durch die ein Ueberschuß von 4000 Mk. erzielt wurde. Bei einem großen Matinee-Konzert am Sonntagmorgen in den Anlagen von Düsseldorf hatte die Stadt 120 Sammelbüchsen zur Verfügung gestellt, in denen eine 6000 Mk. gesammelt wurden. Eine Haussammlung mit den Büchsen wird am kommenden Sonntag vorgenommen.

Dieses Beispiel, durch Sammelbüchsen Gelder für die notleidenden Opfer der Revolution aufzubringen, verdient Nachahmung.

Die neue Polizeizentrale. Immer neue Millionen wirft das ausgehungerte Deutschland für seine Polizei aus. Im Wuppertal soll ein Polizeipräsidium geschaffen werden. Dieser Zentralstelle sollen die Kreise Elberfeld, Barmen, Remscheid, Velbert, Mettmann, Cronenburg, Bochwinkel, Lennep, Lüttringhausen, Ronsdorf unterstellt werden. Für Remscheid ist ein besonderer Regierungsrat vorgesehen. Dieses Polizeipräsidium braucht nicht weniger als 50 Bureauräume. Die blaue Polizei verschwindet! Die Oberbürgermeister werden ihrer Würde als Polizeichefs entkleidet! Die Militärpolizei führt das Kommando. Die kapitalistische Weisheit, wie sie die aus den Arbeitermassen herausgepreßten Steuergroschen verwerten kann.

Die nächste Reichstagssitzung ist für den 20. Oktober in Aussicht genommen. Dann werden auch der Aeltestenrat und verschiedene Fraktionen Sitzungen abhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211018-13/fragment/page=0002

Brief aus dem Leunawerk.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Leuna, den 16. Oktober 1921.

Werte Redaktion des „Klassenkampf"!

Unter den neunmal Gesiebten, welche nach dem letzten Streik auf dem Leunawerk als Arbeiter eingestellt wurden, habe auch ich das Vergnügen, mich zu befinden. O, welche Herrlichkeit, wem dieses Los beschieden war. Ein jeder dachte bestimmt, daß hier mit gerechtem Maße gemessen würde. Aber nichts von alledem. Mit roher Gewalt denkt die Werksleitung die Arbeiter einschüchtern zu können, indem sie ihnen immer wieder entgegenschleudert: **Wenn Du nicht willst, wie es uns paßt, kannst Du sofort gehen.** Man kommt sich hier vor **wie im Zuchthaus,** schon wenn man seine Paßformalitäten beim Pförtner erledigt hat.

Um auf das Prämiensystem zu kommen, so hat der Leunakönig **Daniel** wiederholt in seinen großen Reden, welche er geschwungen hat — und die jedem Arbeiter durch die verschiedensten bürgerlichen Zeitungen franko zugestellt wurden und noch zugestellt werden, z. B. immer noch die Nummern vom 4. Oktober, obwohl wir jetzt schon den 16. Oktober schreiben — gesagt, daß das Prämiensystem nur eingeführt ist wegen der Qualität der Arbeit, nicht wegen der Quantität. Warum wird schon hier mit zweierlei Maß gemessen? **Nur ganz vereinzelte Bauten erhielten die Prämien bisher ausgezahlt.** Sind wir nicht alle produzierende Abteilungen? Aber hierin scheint des Pudels Kern zu liegen, indem die Werksleitung versucht, Uneinigkeit unter die Arbeiter zu streuen, um diese zu zersplittern. Aber ich glaube, hierin irrt sich die Werksleitung gewaltig. In den Bauten 12, 14, 2, 102, 241 sind den Arbeitern nun schon seit Juli Prämien zugesagt. Jeder Arbeiter hofft von einem Zahltag zum andern, endlich ein paar Pfennige herauszubekommen, um sich und seinen Lieben zu Hause Winterkartoffeln oder das Notwendigste für den Winter anzuschaffen. Aber immer wieder wird der Arbeiter enttäuscht. Kein Wunder, wenn ein Arbeiter hier mit Mißmut an die Arbeit geht und 5 und 3 gerade sein läßt. Ich frage nochmals, warum setzt sich der Herr Betriebsrat hier nicht dahinter? Doch dieser scheint vergessen zu haben, wie einem Arbeiter zumute ist. Er selbst lebt ja in gehobenen Verhältnissen, ihm steht eine Villa in Merseburg zur Verfügung usw. Aber es kommt noch einmal eine Wiederwahl des Betriebsrates, dann wird jeder Arbeiter wissen, wem er seine Stimme zu geben hat.

Ordnung muß natürlich im Betrieb herrschen. Aber die Werksleitung soll den Bogen nicht überspannen, denn allzu straff gespannt, zerspringt der Bogen. Dieses sollte auch den Betriebsleitern eingeschärft werden. Es wird die Zeit kommen, wo die Arbeiter geschlossen dastehen und die Willkürherrschaft abschütteln werden. Vieles würde gebessert, wenn der Betriebsrat nur eine Kleinigkeit von Interesse den Arbeitern entgegenbrächte, indem er ab und zu in die Betriebe ginge und hie und da Erkundigungen von den Arbeitern einholte. Herr Daniel wird sagen, dazu habe ich ja meine Vertrauensleute. Diese predigen jedoch tauben Ohren und **wenn wirklich ein Vertrauensmann auf seinem Standpunkt bestehen bleibt** und den von seinen Kollegen erhaltenen Auftrag ausführen will, so ist er der Werksleitung ein Dorn im Auge und wird **bei der nächsten Gelegenheit an die Luft gesetzt, ohne daß sich ein Betriebsrat darum kümmert.** Er selbst könnte ja sonst bei seinen Herrschern ins Fettnäpfchen treten.

Ich muß leider heute mit meinen Schilderungen **schließen.** Die Pflicht ruft, **ich muß zur Schicht, obwohl es heute Sonntag ist.** Wohin ist das schöne Wort, das einem als Kind in der Schule gelehrt wurde: Sechs Tage sollst Du arbeiten, am siebenten ist der Tag des Herrn. Jedoch hier! Dreihundertfünfundsechzig Tage sollst Du im Jahre arbeiten, nicht müßig sein für das Kapital. Du weißt genau, daß wir es brauchen, für unser Auto das Benzin. Was kümmert mich Dein Klagen, was schert mich Deine Plag, hab ich nur voll mein' Magen, Du Proletariat! Das Fleisch von Deinem Leibe, das brauchen wir gewiß, die Knochen kommen als Düngemittel beim Großagrarier zwischen den Mist. Arbeiter, Einigkeit führt zum Ziel!

Ein Leuna-Arbeiter.

Kleinkrieg der Leunadirektion gegen den „Klassenkampf".

Die Leuna-Direktion merkt, daß die Zuchthausordnung, die sie in ihrem Betrieb eingeführt hat, nicht mehr lange aufrechterhalten werden kann. Die Arbeiter, die bei der Wiedereröffnung des Werkes neunmal gesiebt wurden, beginnen allmählich sich zusammenzuschließen, um sich bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Auf den „Klassenkampf", der die Arbeiter in ihren Kämpfen auf jede Art unterstützt, hat es die Werksleitung ganz besonders abgesehen. Nachdem man unser Blatt aus dem Zeitungskiosk verbannte und die Leuna-Arbeiter es dennoch lasen, ging man gegen die Zeitungsfrau am Bahnhof vor. Als die kommunistischen Gedanken trotzdem Eingang fanden, hetzte man die Torwächter gegen den Zeitungsjungen auf und beschlagnahmte 52 Exemplare des „Klassenkampf". Als das alles nichts half, verbot man den Verkauf der Zeitung auf dem Grund und Boden des Werkes. Man schickte den zwölfjährigen Jungen, der den „Klassenkampf" feilbot, ein Strafmandat zu, zog es aber wieder zurück, weil sich Herr Cornely vielleicht doch zu sehr blamiert fühlte. Doch die Werksgewaltigen ließen keine Ruhe. Der Amtsvorsteher ist ihnen untertan, wovon folgendes Schreiben zeugt, das bei uns eingelaufen ist.

Der Amtsvorsteher
für den Bezirk Spergau.
O/B. 3211 A/21. **Leunawerke, den 13. Oktober 1921.**
An
den Verlag der „Arbeiterzeitung"
Merseburg.

Ich nehme Bezug auf die seinerzeitige Aussprache mit einem Ihrer Herren, in der ich in Gegenwart eines Vertreters des Werkes Ihnen einen Platz anwies, auf dem Ihr Zeitungsverkäufer die Zeitungen an die Abonnenten abgeben kann. Der Platz, den ich Ihnen angewiesen habe, war auf dem Gelände der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik, Ammoniakwerk Merseburg. Das Werk hat mir nun heute mitgeteilt, daß es in Zukunft nicht mehr gestatte, daß Ihre Zeitung auf dem Grund und Boden des Werkes feilgehalten wird. Die von mir seinerzeit erfolgte Zuweisung des Platzes ist sohin hinfällig.

Gleichzeitig weise ich Sie aber auch darauf hin, daß ich aus verkehrspolizeilichen Erwägungen nicht dulden kann, daß die Zeitung auf dem Straßenkörper feilgehalten wird. Das Landjägeramt ist angewiesen, den Zeitungsverkauf auf der Straße unmöglich zu machen.

Im Auftrage: Cornely.

Nun bildet man sich wahrscheinlich ein, die Kommunisten mausetot gemacht zu haben. Die Herrschaften irren sich! Wir lachen über ihre kleinlichen Schikane und sind überzeugt, daß sich der Kommunismus seinen Weg auch ins Leunawerk bahnen wird. Sache der Arbeiter im Leunawerk, ganz gleich, welcher Partei sie angehören mögen, ist es, gegen diese Bevormundung durch die Werksleitung Front zu machen. Es kann nicht angehen, daß die Machthaber **willkürlich Zeitungen verbieten und dem Arbeiter nur eine Kost nach dem Geschmack des Kapitalismus vorsetzen wollen. Arbeiter des Leunawerkes, wacht auf!**

Auslands-Uebersicht.

Der Riesenstreik in Nordamerika.

Neuyork, 17. Oktober. Wenn die Aufforderung zum Eisenbahnerstreik in vollem Umfange befolgt wird, so werden am 30. Oktober eine halbe Million Eisenbahnangestellte in den Ausstand treten und am 2. November werden etwa zwei Millionen Arbeiter infolge der völligen Einstellung des Eisenbahndienstes feiern. Wie gemeldet wird, haben über 90 Prozent der Angestellten bereits für den Streik gestimmt. Während die Eisenbahngesellschaften in einer früheren Bekanntmachung eine 12prozentige Lohnherabsetzung für nötig erklärt hatten, haben sie gestern bekanntgegeben, daß noch weitere Lohnherabsetzung nötig sei. Die Arbeiterführer erklärten, daß dieser Streik der größte in der Geschichte der Vereinigten Staaten sein werde. Der Präsident der Chicago Great Western Railway erklärte, die Eisenbahn werde trotz des Streiks imstande sein, ihren Dienst aufrechtzuerhalten, da das Publikum mit den Eisenbahnern nicht sympathisiere. Auch die „Chicago Tribune" sagt aus dem gleichen Grunde einen Mißerfolg des Streiks voraus. Das Blatt erklärt, das Publikum werde eine Aufrechterhaltung der Löhne der Eisenbahner auf der Höhe der Kriegslöhne nicht dulden, da ja sämtliche übrigen Angestelltenklassen eine Verminderung ihres Einkommens hinnehmen mußten.

Paris, 17. Oktober. Wie der „Newyork Herald" aus Chicago erfährt, haben elf Verbände von Nebenberufszweigen der Eisenbahner, namentlich die Maschinisten, die Schmiede usw. inoffiziell erklärt, sie seien bereit, sich der Streikbewegung anzuschließen.

Der Kampf der französischen Arbeiter gegen die Rüstungen der Reaktion.

Paris, 17. Oktober. Die Firma „Fonderie Parisienne" in Choisy-le-Roi (bei Paris) übernahm eine Bestellung auf die Herstellung von 800 000 Granaten. Als die Arbeiterschaft davon Kenntnis erhielt, beschloß sie, die Munitionsfabrikation mit allen Mitteln zu verhindern. Ein Teil der Arbeiter, die Modelltypen fabrizieren sollten, hat schon die Herstellung der Modelle verweigert. Die revolutionär orientierte Metallarbeiter-Gewerkschaft unterstützt die Bewegung des Seine-Departements.

Außer Rumänien und Polen hat in der letzten Zeit Spanien große Mengen von Kriegsmaterial in Frankreich bestellt.

Paris, 17. Oktober. Vor 15 Tagen sind 700 Arbeiter der Gießerei Petit-Wicard in Saint-Ouen in den Streik getreten, weil die Direktion eine Bestellung auf Munition von der Regierung übernommen hat. Wie der erste derartige Streik in der Fabrik Lepoutre (in Roubaix), so endete auch der Ausstand in der Fabrik Petit-Wicard mit vollem Erfolg. Die Direktion verzichtete auf die Effektuierung der Bestellung und verpflichtete sich, in der Zukunft keine Bestellung auf Kriegsmunition zu übernehmen.

Die Kämpfe in Westungarn. Wien, 17. Oktober. Amtlich wird berichtet: Heute vormittag wurde eine im steyerischen Grenzort Wartegg südöstlich Fehring eingefassene ungarische Bande nach langem Feuerkampfe durch Alpenjäger und Gendarmeriepatrouillen zurückgeworfen.

Gewerkschaftliches.

Lohnkämpfe im Reich.

Aussperrung der Berliner Druckereiarbeiter und -angestellten.

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die bürgerlichen Zeitungsunternehmer Berlins haben ihre Drohung wahrgemacht. Die Berliner Verlegerorganisationen haben sich mit dem Verlag Rudolf Mosse, bei dem das Druckereipersonal streikt, solidarisch erklärt und sämtliche Arbeiter und Angestellte ausgesperrt. Es erscheinen heute nur die drei Arbeiterblätter, die „Kreuzzeitung" und die „Deutsche Zeitung".

Streik im chemischen Großhandel Berlins. Wegen des provokatorischen Verhaltens der Unternehmer, die auch die geringfügigsten Lohnerhöhungen ablehnten, beschlossen die im Transportarbeiterverband organisierten gewerblichen Arbeiter des chemischen Großhandels in Berlin in den Streik zu treten.

Lederarbeiterstreik in Elberfeld-Bremen. Da die Unternehmer sich weigerten, Zugeständnisse in der Lohnfrage zu machen, und einen Tarifvertrag abzuschließen, legten die Arbeiter der Lederbranche in Elberfeld-Barmen die Arbeit nieder.

Streik in den Hamburger Magarinewerken. Am 13. Oktober trat die gesamte Belegschaft der Magarinewerke Rositzky & Witt, Ottensen in den Streik. Den Anlaß dazu gab das Verhalten einer Vorarbeiterin.

Streik bei der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. Am 13. Oktober sind die Lokomotivführer sowie die Arbeiter der Hochöfen- und Elektrizitätsanlagen der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. in den Ausstand getreten. Die Ursache des Streiks ist die Ablehnung von wesentlich erhöhten Akkord-Prämienzulagen. Auch die übrigen Arbeiter des Betriebes sind dadurch zum Feiern gezwungen. In Betracht kommen etwa 4500 Arbeiter.

Aussperungen bei Hamburger Eisenfirmen. Zwei Hamburger Eisenfirmen haben vor einigen Tagen ihre gesamte Belegschaft entlassen. Angeblich weil einige Handwerker ihre Entlassung genommen hatten, um anderweitig lohnendere Beschäftigung anzunehmen. Die wahre Ursache ist vielmehr, der Arbeiterschaft in den schwebenden Lohnverhandlungen eine empfindliche Schlappe beizubringen.

Tarifkündigung im Bergbau. Essen, 17. Oktober. (TU.) Die Bergarbeiterorganisationen haben den bis zum 1. September laufenden Lohntarif gekündigt. Die neuen Lohnverhandlungen sollen demnächst eingeleitet werden.

Zum Kampf der Angestellten in der chemischen Industrie.

Erneutes Scheitern der Verhandlungen.

Nachdem die Angestellten in der chemischen Industrie in der Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen in verschiedenen öffentlichen Versammlungen das Angebot der Arbeitgeber auf Erhöhung der Gehälter um 15 Prozent ab 1. Oktober abgelehnt hatten, fanden am 14. Oktober neue Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Organisationen statt. Die Arbeitgeber überreichten ein neues Angebot, das die Gehälter für die Monate November und Dezember um etwa 25 Prozent gegenüber den Augustgehältern erhöhte. Dieses Angebot erklärten die Angestellten als ungeeignete Basis für die Verhandlungen und forderten ein den tatsächlichen Verhältnissen und den in anderen Gegenden bereits bewilligten Gehaltssätzen entsprechendes anderes Angebot von den Arbeitgebern. Diese vertraten den Standpunkt, daß ihr Angebot dem Steigen der Teuerung entspräche. — Da die Angestelltenvertreter aber bezüglich ihrer 50prozentigen Forderung nur zu einem Nachlassen um fünf Prozent bereit waren, sind die Verhandlungen erneut gescheitert.

Die Verhandlungen haben bisher bewiesen, daß die Angestellten ein Machtwort sprechen müssen, wenn sie mit ihrer Forderung durchdrücken wollen. Ein längeres Hinauszögern kommt nur dem Unternehmertum zugute, das alle Vorbereitungen bereits trifft für einen etwaigen Ausstand.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten.

* **Achtung, Betriebsräte! Am Donnerstag, dem 20. Oktober,** abends 7½ Uhr, findet im „Volkspark" durch die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale eine Vollversammlung der Betriebsräte statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über das Betriebsrätegesetz, 2. Anträge zur Bezirksbetriebsrätekonferenz, 3. Bestätigung der Delegierten, 4. Verschiedenes.

* **Achtung, Kartellfraktion! Am Mittwoch, dem 19. Oktober,** abends 8 Uhr, findet in der Produktivgenossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, eine Sitzung statt.

Neues aus aller Welt.

Todesurteil. Stendal, 17. Oktober. (TU.) Das hiesige Schwurgericht hat den Pferdehändler Toge aus Salzwedel, der am 18. Mai seine Frau ermordet hatte, zum Tode verurteilt.

Fabrikbrand. Straßburg i. Els., 17. Oktober. (TU.) In der Malzfabrik der Brauerei Wagner in Mutzig ist gestern abend eine Feuersbrunst ausgebrochen, der die Fabrik vollständig zum Opfer gefallen ist. Der Schaden wird auf etwa 1 Million Frank geschätzt.

Aus der Provinz.

Statt Schule — Kartoffelbuddeln.

Die „Deutsche Tageszeitung" berichtet:

„Urlaub zur Kartoffelernte soll auch in diesem Jahre der Schuljugend gewährt werden. Der Staatskommissar für Volksernährung hat erklärt, daß diese Hilfe für die Sicherstellung unserer Volksernährung auch in diesem Jahre dringend geboten ist. Wo die Schulferien nicht so liegen, daß die Mitarbeit der Schulkinder bei der Kartoffelernte ausreichend möglich ist, soll nach einer Anordnung des Volksbildungsministers Urlaubsanträge durch die Lehrer- und Schulbehörden mit Entgegenkommen behandelt werden. Einzelne Regierungen haben deshalb die Kreisschulräte ermächtigt, nötigenfalls die Kinder aller Jahrgänge bis zu 14 Tage zu beurlauben."

Die Ausbeutung der Kinder, als billige Arbeitskraft, geht im kapitalistischen Staate der Vermittlung von Wissen vor. Die Junker und Großgrundbesitzer können zufrieden sein, mit solchen „Volksbildungs"-Ministern. Die Ausbeutung besonders der Landarbeiterkinder wird diesen wohl als Erholungsurlaub angerechnet.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die im Reichsarbeitsblatt vom 30. September veröffentlichte Angabe über männliche Arbeitsuchende und offene Stellen besonders in großagrarischen Gebieten. Trotz der Erntezeit zeigt sich folgendes Bild:

	Arbeitsuchende in Land u. Forstwirtschaft und Gärtnerei	offene Stellen
Ostpreußen und angrenz. Teil von Westpr.	1317	675
Berlin und Brandenburg	1360	902
Pommern und angrenz. Teil von Westpr.	605	358
Freistaat Sachsen	603	541

In einer Pressemeldung über die Lage auf dem Arbeitsmarkt in der Provinz Sachsen im September heißt es u. a.: daß die erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften in der Landwirtschaft zum größten Teil befriedigt werden konnte. Und die Berichte der einzelnen Arbeitsämter besagen, daß die Arbeitsmarktlage in der Landwirtschaft unverändert günstig sei. Bei der Vermittlung von Arbeitskräften blieben Angebot und Nachfrage gleich stark — ein Beweis also, daß man keiner Schulkinder bedarf zur Erledigung landwirtschaftlicher Arbeiten.

Zieht man weiter in Betracht, daß die vorstehenden Angaben lange nicht die ganze Masse der Arbeitslosen und Arbeitsuchenden umfassen, dann wird der Widersinn der Anordnung eines Volksbildungsministers erst recht klar. Jedoch, als Organ der kapitalistischen Gesellschaft hat er die Profitinteressen seiner Auftraggeber in erster Linie zu wahren. **Wozu braucht das Arbeitsvolk auch Bildung, Wissen? Ist doch Wissen — Macht!**

Saalefischerei und Leunawerk.

Das Fischsterben in der Saale hat in der letzten Zeit immer mehr zugenommen. Fortgesetzt werden große Mengen toter Fische an Land geschwemmt. Diese Angelegenheit war, wie gemeldet wird, in den letzten Tagen Gegenstand einer amtlichen Untersuchung, die im Verein mit Vertretern der Behörde von Geheimrat Siemens aus Berlin und Dr. Kluge aus Magdeburg vorgenommen wurde. Diese stellten als Ursache des Fischsterbens fest, daß von dem Ammoniakwerk Merseburg der Badischen Anilin- und Sodafabrik dem Wasser der Sauerstoff entzogen worden ist. Das Sterben an schädlichen Abwässern kommt nicht in Betracht, da eine Anzahl angetriebener Fische beim Ueberführen in anderes Wasser wieder zu sich kamen und weiter lebten. Die Saalefischerei geht dadurch ihrem Ruin entgegen. Der Moloch Kapitalismus macht vor nichts halt, er vernichtet nun auch diesen heimischen Erwerbszweig, denn es ist nicht anzunehmen, daß die Behörden die Angelegenheit zugunsten der Saalefischer regeln werden; der Kapitalismus wird sich auch in diesem Streit als der Stärkere erweisen.

Sangerhausen. Ein gründlicher Reinfall! Die Hallische „Volksstimme" jammert darüber, daß die bösen Kommunisten die reaktionären Maßnahmen der bürgerlichen Magistratsmehrheit ihrem „Genossen", Bürgermeister Gründlich, zur Last legen. Die „Volksstimme" schreibt: „Hat doch neulich der Magistrat mit seiner bürgerlichen Mehrheit die Hergabe eines Schulzimmers für Dr. Dunkers Unterrichtskurse über wissenschaftlichen Kommunismus verweigert. Dafür wird Genosse Gründlich von den Kommunisten zum „Reaktionär" gestempelt." Wie wird uns denn? Befindet sich nicht in unserer Registratur ein Schreiben dieses „Genossen" Bürgermeisters Gründlich? In diesem Schreiben, vom 15. September 1921, wird das Gesuch um Ueberlassung eines Schulraumes, zur Abhaltung wissenschaftlicher kommunistischer Unterrichtskurse, abgelehnt, da die Gesuchsteller „eine Aenderung der bestehenden politischen Verhältnisse auf anderem als gesetzlichem Wege anstreben". Und das schrieb uns der „Genosse" Bürgermeister Gründlich! Wir empfehlen der „Volksstimme", sich immer erst gründlich zu informieren, ehe sie lospoltert.

Stollberg. Oeffentliche Volksversammlung. Am Sonnabend sprach hier Genosse Urban (Halle) über: „Die neuen Steuern. — Der Görlitzer Parteitag." Klar zeichnete der Referent das Elend, dem die Arbeiterschaft durch das Steigen der Preise, durch die neuen indirekten Steuern entgegengeht. 79 Prozent der gesamten Steuern soll die werktätige Bevölkerung aufbringen; die 21 Prozent, die die Besitzenden bezahlen sollen, werden auch auf die Schultern der Arbeitenden abgewälzt werden. Die SPD., die auf ihrem Görlitzer Parteitag den Beschluß der Stinnes-Koalition gefaßt hat, kommt nicht mehr als Vertreterin der Klasseninteressen der werktätigen Bevölkerung in Frage; der Görlitzer Parteitag ist die Fortsetzung des Weges, den die Sozialdemokratie am 4. August 1914 offen beschritten hat. Sie hat durch ihren Görlitzer Beschluß aller Welt gezeigt, daß sie die getreueste Sachwalterin der Kapitals- und Unternehmerinteressen ist. — Obgleich auch die Mitglieder anderer Parteien anwesend waren, fand keine Diskussion statt; den Ausführungen des Referenten wagte niemand entgegenzutreten, der an Hand der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses nachwies, daß schon vor dem Aufruf Hörsings die Besetzung Mitteldeutschlands den Arbeitervertretern bekannt war, daß es eine gemeine Lüge war, wenn SPD. und USP. von einem kommunistischen Putsch sprachen, nachdem Angehörige ihrer Partei die Besetzung Mitteldeutschlands gefordert haben. Es ist bedauerlich, daß diesen Vortrag nicht mehr Einwohner angehört haben, was wohl darin liegt, daß ein großer Teil unserer Arbeiterschaft auswärts arbeitet. Doch wird durch die neuen Steuern, die eine Verteuerung der Lebensmittel bedingen, und durch die in unserem Orte noch immer herrschende Arbeitslosigkeit die Arbeiterschaft bald einsehen lernen, daß sie nicht mit der grafschaftlichen Verwaltung gehen muß, sondern daß sie an die Seite der Kommunisten gehört.

Dommitzsch. Ueber die Gründung einer Stahlhelm-Kompagnie bringt die „Dommitzscher Zeitung" einen Bericht, der auf die Dummheit der Leser spekuliert. Danach ist der Stahlhelm ein „ganz harmloses" Gebilde, das kein Wässerchen trüben will. O, wie naiv — und dumm! Was heißt es, wenn gesagt wird: Der „Stahlhelm" will eine Organisation der Tat und des Wiederaufbaues sein. Ein Herumstreiten mit den Herrschaften über ihre Ziele erübrigt sich. Die Arbeiter wissen, was sie davon zu halten haben. Das Ziel ist, wenn es auch abgeleugnet wird, der reaktionäre Umsturz. Aber eins würde die Leser noch interessiert haben: die Person des Vorsitzenden der Organisation. Uns kommt es darauf an, den Namen des Vorsitzenden zu wissen, welcher bei derartigen reaktionären Umtrieben an der Spitze steht, und weil der Bericht das verschweigt, so wollen wir ihn nennen. Als Vorsitzender des Stahlhelms in Dommitzsch ist ein jugendlicher Lehrer mit Namen Mehl gewählt. Wir als Kommunisten haben Herrn Lehrer Mehl gleich von vornherein richtig eingeschätzt, nämlich so, wie er sich jetzt entpuppt hat. Dieser „Gummiknüppel- und Revolververein" fühlt sich auch in seinem Bericht beleidigt, daß er von „gewissen Parteien" angegriffen wird. Mit Recht! Die Arbeiterschaft hat längst erkannt, was diese monarchistische Organi-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211018-13/fragment/page=0003
DFG

sation bedeutet, die bei irgend welchen Anlässen auf die Arbeiterschaft losgelassen werden soll. Oder nennt sich dieser neue Verein nicht auch „neutral", wie der Feldgrauverein am Ort, der 1918 den Arbeiterrat mit Mordinstrumenten entheben wollte? Wir wissen ja genau, was für Gernegroße diesem Stahlhelm angehören, und die auch gern etwas werden wollen; andere sind wieder darin als Nutznießer. Arbeiter von Dommitzsch, seht Euch diese „Kampfbrüder" genau an und gebt ihnen bei der ersten besten Gelegenheit die richtige Antwort. Arbeiter, haltet die Augen auf!

Liebenwerda. Kreisspenden. Für die Opfer der Oppauer Katastrophe bewilligte der Kreisausschuß 5000 Mark, für die Jugendpflege einschließlich der Arbeiterjugend, den Betrag von 1500 Mark für zwei Gemeinden, die einen diesbezüglichen Antrag gestellt hatten.

Dessau. Neuwahlen zu den Kreistagen und Gemeindevertretungen in Anhalt sind, einer Meldung aus Magdeburg zufolge, auf Sonntag, den 4. Dezember, anberaumt worden.

Mansfelder Kreise.

Eisleben. Frauenabend. Zu dem am Mittwochabend stattfindenden Frauenabend ist es notwendig, daß auch alle Genossen erscheinen. Es wird ein für alle Genossinnen und Genossen sehr interessanter Vortrag gehalten werden.

Wansleben. Der Kampf der Wanslebener Arbeiterschaft um ein Versammlungslokal. Seit März dieses Jahres ist es der dortigen Arbeiterschaft nicht möglich, ein Lokal zu öffentlichen Versammlungen zu bekommen. Am 16. Oktober waren alle Vorstände der Arbeitervereine versammelt, um Stellung zu dieser Angelegenheit zu nehmen. Bis jetzt ist das Arbeiterlokal bei Hubert gewesen; fast alle Versammlungen fanden in diesem Lokal statt. Aber seit März verweigert der Wirt hierzu sein Lokal. Auf Vorstellung der Vorstände konnte oder wollte der Wirt keine klipp und klare Antwort geben, warum er der Arbeiterschaft sein Lokal vorenthält. Genosse Härtel (Halle) gab ihm unzweideutig zu verstehen, daß die Arbeiterschaft sich gezwungen sehe, in Zukunft sein Lokal zu meiden, denn die Arbeiterschaft kann es sich nicht gefallen lassen, daß er wohl die Groschen der Arbeiterschaft gern an sich nimmt, aber gleichzeitig sein Lokal zu Versammlungen verweigert. Es wurde ihm eine Bedenkzeit bis Sonntag, den 25. Oktober, gegeben, wo er zu diesem Tage der Arbeiterschaft eine klare Antwort geben soll. Sollte dies nicht der Fall sein, dann wird die Arbeiterschaft ihre Konsequenzen daraus ziehen und alles tun, um den Wirt eine andere Meinung beizubringen.

Stedten. Was ist richtig? Zu unserer Notiz vom 8. Oktober, daß der Arbeiter Eckardt, genannt Lappe, vom Flurschutz erschossen worden ist, erhalten wir eine „Berichtigung" eines Flurschutzoberbeamten Neumann, der uns mitteilt, daß sich die Angelegenheit anders, als gemeldet, abgespielt habe. Danach habe der Flurschutzbeamte zwei Wilddiebe ertappt, die ihm auf Aufforderung einen Rucksack mit vier Hasen und ein Gewehr ablieferten. Der Beamte habe sie dann laufen lassen, nachdem sie Namen und Wohnort falsch angegeben hätten, worauf sie dann aus sicherer Deckung ein Feuer eröffneten aus einer Militärpistole. Dann erst habe der Beamte von seiner Waffe Gebrauch gemacht und den einen Wilderer dabei niedergeschossen. — Von anderer Seite inzwischen eingegangene, weitere Mitteilungen stimmen mit vorstehender „Berichtigung" nicht überein. aDnach hat der Erschossene seinen Namen richtig angegeben; sein Komplize war es, der einen falschen Namen angab. Eckart kann auch nicht geschossen haben; er ist waffenlos auf den Flurhüter zugegangen, um seinen Rucksack wieder zu holen. Nachdem der Flurhüter schoß, war er sich gleich zu Boden, und in dieser Stellung erhielt er den tödlichen Schuß. Es fehlt also jetzt nur noch die „Berichtigung", daß der Arbeiter vom Flurschutz überhaupt nicht erschossen worden sei. Auf alle Fälle bleibt es eine bedauerliche Tatsache, daß wegen ein paar lumpigen Hasen ein Menschenleben zugrunde gegangen ist. Die gerichtliche Verhandlung gegen den Flurhüter, die hoffentlich bald stattfindet, wird und muß völlige Klarheit bringen.

Die Anzeigen-Annahme

für den „Klassenkampf" befindet sich in der Hauptgeschäftsstelle, Lerchenfeldstraße 14 und im Laden der Volksbuchhandlung, Harz 42—44.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

K · P · D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Burean und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1473. Postscheckkonto Leipzig 82448, Oskar Fiedler, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabend nachm. geschlossen.

Versammlungen

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernsprecher 1478. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Distrikt 9. Donnerstag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, in Loest's Hof bei Schnabel: **Frauen-Diskussionsabend.** Referentin: Genossin Reichert.

Unterbezirk Wittenberg.

Wittenberg. Mittwoch, den 19. Oktober, abends 7½ Uhr, bei Freudenberg: **Vorstands- und Unterbezirkskonferenz.**

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda.

Annaburg. Mittwoch, den 19. Oktober: **Große öffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Schumann.

Unterbezirk Mansfeld.

Eisleben. Mittwoch, den 19. Oktober, abend 8 Uhr: **Frauenabend.** Vortrag.

Unterbezirk Naumburg-Weißenfels-Zeitz.

Naumburg. Freitag, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn": **Sitzung sämtlicher Gruppenführer und Zeitungsausträger.**

3677

Textilhaus Ruhland,

Leipziger Str. 33, 2 Treppen,
Hauseingang um die Ecke.

Neue große Posten
zu alten billigen Preisen.

Herrenstoffe

Marineblau	160,00	90,00	55,00
feinste Qualität	130,00	80,00	
Homespun	120,00	95,00	65,00
Cheviots	140,00 110,00	85,00	45,00

Gabardine 95,00 | Popeline 58,00
Tuche . . 85,00 | Cheviots 45,00

Mantelstoffe — Futterstoffe

Flauschstoffe 120,00 90,00 65,00

Keine Ladenmiete. Keine Spesen.

Offeriere täglich:

Pa. Ziegenfleisch Pfund **6-8 Mk., Kaninchen, Geflügel,**
sowie 3680
Prima Thüringer **Hausschlachte-Wurst**
zu soliden Preisen.
Esther, Advokatenweg 18.

Geschlechtskranke!
Rasche Hilfe! Doppelte Hilfe!

Harnröhrenleiden, frischer und veralteter Ausfluß, Heilung in kürzester Frist, **Syphilis,** ohne Berufsstörung, ohne Einspritzung und andere Gifte, **Mannesschwäche,** schnelle Hilfe. **Weißfluß.** — Ueber jedes der 4 Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztl. Gutachten und Hunderten freiwill. Dankschreiben Geheilter. Zusendung kostenlos gegen 1 Mk. für Porto in geschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch **Dr. med. H. Seemann,** G.m.b.H. **Sommerfeld 74** (Bezirk Frankfurt Oder) Spezialärztliche Leitung. Leiden genau angeben, damit richtige Broschüre gesandt werden kann

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unt. Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8—14 Tagen. Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark.
F. Müller, Heilkundiger, **Bremen,** *1227
Gr. Krummenstr. 23. Sprechstd.: 9—10 u. 3—4 Uhr.

Ich habe mich in **Reideburg** als **Hebamme** niedergelassen. 3684
Frau Wiedekind geb. Schöne.

Stadttheater.

Mittwoch, d. 19. Oktober, Anfang 7½, Ende 9½ Uhr
Die Abreise.
Musikalisches Lustspiel von d'Albert.
Hierauf:
Frau Potiphar.
Musikalisches Lustspiel von Alfr. Rahlwes.
Donnerstag: 3681
Die versunkene Glocke.
Musikdrama v. H. Zöllner.

Dauerhafte
Hosen-Träger
Ia. Gummi, 3676
mit Lederstrippen, äusserst preiswert.
Hugo Krasemann
Lederwaren-Spezial-Geschäft.
nur
Schmeerstr. 19.

Achtung!

Am 11. Oktober 1921 ist mir mein **Fahrrad** (Marke Elireß Pfeil Nr. 73385) gestohlen worden. Vor Ankauf wird gewarnt. Mitteilung an
Wilhelm Wagner,
Rockendorf 1277
bei Delitz am Berge.

Freiimfelder- und Liebenauerschule. 1222

Näh- und Zuschneideunterricht, unter wirklich erstklassiger gewissenhafter staatlich geprüfter Leitung Nachmitt. u. Abendkurse, Meldungen von 4—6 Uhr b. Fr. **Petsche,** Fischerplan 4, an der Herrenstr.

Am Donnerstag, dem 20. Okt., steht ein gr. Transp.
Ferkel 3679
im „Mansfelder Hof" in Halle billig zum Verkauf.
Kohlemann, Hohenthurm.

Vereins-Anzeiger

Arbeiter-Sänger-Chor
Mittwochs und Freitags pünktlich 8 Uhr im „Volkspark": **Singestunde.**

Frauen- und Mädchenchor.
Jeden Donnerstag abend 8 Uhr im „Volkspark": **Singestunde.** Sangeslustige Frauen u. Mädchen finden daselbst Aufnahme.

Zentralverb. prol. Freidenker (Ortsgruppe Halle.)
Jeden Mittwoch nach dem 15., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung i. d. „Produktiv-Genossenschaft", Lerchenfeldstr. 14. Gäste stets willkommen.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschl., Ortsgr. **Halle.**
Dienstag, 18. Okt., abends 7½ Uhr, i. „Volkspark": **Funktionärsitzung.**

Allg. Arbeiter-Union
Ortsgruppe Halle.
Donnerstag den 20. Okt., abends ½8 Uhr, bei Löther, Gr. Steinstraße: **Mitgliederversammlung.** Alles muß Erscheinen. Jeden Sonnabend im Restaurant Löther, Große Steinstraße, von 7—9 Uhr Kassenstunden. Wer sich nicht selbst kassiert und drei Versammlungen hintereinander nicht kommt, stellt sich außerhalb der Union.

I. Hall. Mandolin.-Orchester.
Uebungsstd.: Jed. Freitag, abends 7 Uhr, in der „Aula" (Charlottenschule).

Allgem. Konsumverein Halle u. Umg.

E. G. m. b. H.

In nächster Zeit finden eine Reihe von

Verkaufsstellen-Versammlungen

mit folgender Tagesordnung statt:

1. **Die Aufgaben der Konsumgenossenschaften.**
2. **Neuwahl der Mitglieder-Ausschüsse.**

Für **Canena** findet die Versammlung bereits am 19. Oktober, abends ½8 Uhr, in **Wenkels Gastwirtschaft** statt.

Alle übrigen Versammlungen werden zu gegebener Zeit in den Verkaufsstellen an der Tafel und durch besondere Einladungszettel bekanntgegeben.

Wir bitten die werten Mitglieder, dies gefl. zu beachten und recht zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Musikkapelle frei!
Gehrke, Unterberg 8, I.

Sommersprossen beseitigt über Nacht „Taint frei" . . M 32,—
Gallensteine beseit. ohne Operation „Enzona" . . . . . M 48,—
Mitesser, Hautunreinigkeiten verschwind. über Nacht d. „Bara" M 65,—
Volle Büste erhalten Sie nur durch Büstenwasser „Notto" M 52,—
Ueppigen Haarwuchs erzeugt „Lona", keine Glatze mehr! . M 75,—
Hautjucken und Krätze verschwinden sofort „Pasta Klara" M 28,—
Zahlreiche Dankschreib. Garantie! Bei Nichterfolg Geld zurück. Versand diskret durch Laboratorium.
F. Müller, Heilkundiger, **Bremen,** *1228
Gr. Krummenstr. 23.
Sprechstunden: 9—10 und 3—4 Uhr.

Arbeiter-Schwimmverein, Halle a. d. S. (E. V.)
Uebungsstd. im Stadtbad: Mittwoch von 8—9 Uhr, Damenabteilung. Donnerstag v. 7—8 Uhr, Jugendabteilung. Von 8—9 Uhr, Männerabteilung.

Freie Bühne Halle, Volkspark, Burgstr.
Dienstag abend ½8 Uhr: **Probe.**

Arb.-Samariter-Kol. Halle
Jeden Freitag in der Martinschule Uebungsstunde.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"
Heute, Dienstag abend 7 Uhr im Mozartsaal: Musikgruppe. — Jugendgruppe: ½7 Uhr Probe in der Kolonnade des „Volksparkes". Donnerstag abend 7 Uhr, i. Mozartsaal: Sanitätskursus. — Im Gewerkschaftshaus, Zimmer 14, abends 7½ Uhr: Mädelsabend. Sonnabend abend ½7 Uhr, im gr. Saale d. „Volksparks": Mitwirken b. Arbeiter-Sportkartell. Sonntag nachm. ½2 Uhr: Kinderwanderungen.

Verb. d. Buchbinder
Morgen, Mittwoch abend 8 Uhr, im „Volkspark": **Außerord. Versammlung.**

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität :: Ortsgr. Halle.
Freitag, den 28. Oktbr., abends 7½ Uhr, im „Volkspark": **Versammlung.** Sonnabend, den 22. Okt., im „Volkspark": **Werbesportabend.** Um recht zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Trotz Warenmangels und täglicher Preissteigerung
offerieren wir zu enorm billigen Preisen einen Posten 3682

Damen-Velourettes

zum Teil mit kleinen Fehlern, in den herrlichsten Tagesfarben und prima Qualitäten zum Preise von

Stück 30—70 Mk.

Ferner „Echt Wiener Velours" in nur prima Ware **zu staunend billigen Preisen!**

Anna Lehmann, Steinweg 20.

Kondensmilch.

Ungezuckerte Kondensmilch ausverkauft.
Gezuckerte Kondensmilch die Büchse 9 Mark an jedermann vormittags von 10 bis 12 Uhr, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, **ab städtisches Lager Kloster 11 oder Unteraltenburg 61.**

Merseburg, den 14. Oktober 1921.
L. A. 1066/21. Der Magistrat.

Turn- u. Sport-Verein Fichte.
In d. „Volkspark"-Turnhalle v. 7—9 Uhr:
Dienstags: Leichtathlet. Uebungsstunde.
Freitags: Turnstunde.
Mittwochs: Turnerinnen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit".
Radfahrervereine, welche gewillt sind, sich dem Arb.-Radfahrer-Bund „Freiheit" anzuschließen, erhalten nähere Auskunft vom Kreisleiter **Paul Crana,** Halle (S.), Mansfelder Straße 25.
Sonnabend, den 22. Okt.:
Ausfahrt nach Langenbogen.
Abfahrt abends 6½ Uhr vom Rest. Hackeborn.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Kreisleitung.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts".
M. d. B. „Freiheit". Vereinslokal: „Z. Hackeborn", Hackebornstr. 4.
Versammlung: Jeden Mittwoch nach dem 1. u. 15. eines jeden Monats.

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Halle.
Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats, im Volkspark Mitgliederversammlung.
Montag u. Donnerstag jede Woche, abends 5—7 Uhr: Rechtsauskunft im Bureau: Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, 2 Tr., Zimmer 15.

Ammendorf
Arbeiter-Gesangverein.
Männerchor: Dienstag abends ½8 Uhr,
Frauenchor: Donnerstag abends ½8 Uhr, in Teichmanns Hotel.

Kleinwittenberg Piesteritz.
Freireligiöser Verein.
Jeden Donnerstag nach dem 15. jeden Monats **Versammlung** im „Volksheim"

Kröllwitz
Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung: Mittwochs von 8—10 Uhr
Turn-Abteilung: Dienstags und Freitags 8—10 Uhr.
Proletarische Bühne: Donnerstag, 8—10 Uhr
Musik-Abteilung: Donnerstags 8—10 Uhr.
Jugend-Abteilung: Dienstags und Freitags 8—10 Uhr.
Kinder-Mandol.-Abtlg. Freitags 5—7 Uhr.
Proletkult-Diskussionsabend Montag, 8-10 Uhr.

Porzellan, Glas, Steingut, Emaille.
Billigste Bezugsquelle.
Schönbach Schmeerstr. 1
3687

In der Talamtschule u. Hermannschule Schnittzeichnen, Zuschneide- und Nähunterricht für Hausbedarf und Beruf. Anmeldung u. Auskunft 5—6.
1255 Glauchaer Str. 69, III.

„Funkenburg."
Morgen, Mittwoch, abend 7 Uhr: 1038
Frei-Tanz.

Stadttheater, Weißenfels
Mittwoch, den 19. Oktober, abends 8 Uhr:
I. Sinfonie-Konzert
des **Städt. Orchesters** (36 Musiker).
Solistin: Frl. **Börner** (Bremen) Klavier.
Leit.: Städt. Musikdirektor **Fr. Thiede.** 1706
Kart. im Vorverk. Lehmstedt u. a. d. Abendkasse.

Elektrische Artikel.
Bügeleisen, Koch- und Heizapparate, **Taschenlampen** und **Batterien, Beleuchtungskörper** sowie alle Ersatzteile billig bei 1700
P. Geheb,
Merseburg,
Oelgrube 15. Oelgrube 15.

Filzschuhwaren!
Fabrikate erster Filzschuhfabr. Deutschlands. Muster im Ladenfenster ausgestellt. 1525
Weißenfels, Nikolaistraße 31,
bei Café Rabes.
Daselbst werden auf Wunsch in 2 Stunden
Stiefel u. Schuhe
besohlt und repariert.

Alle Sorten
frisches Fleisch
zu den billigsten Tagespreisen empfiehlt
Robert Pennert sen., Weißenfels,
Kubastraße Nr. 4 und Marktstand. 1489

Maurer
für Winterarbeit gesucht.
Marx & Markisch,
3636 Baugeschäft.
Zu melden Halle a. S., Pfännerhöhe 11 1 Tr. u. Hohenthurm-Rosenfeld.

Bekanntmachung

des Ergebnisses der Wahl des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Wittenberg, Kleinwittenberg, Piesteritz und Reinsdorf (Ortskrankenkasse I) zu Wittenberg.

Nachdem auf die Bekanntmachung vom 27. August 1921 nur eine gültige Vorschlagsliste eingereicht worden ist, sind gemäß § 10 der Wahlordnung als Ausschußmitglieder gewählt, und zwar I. aus dem Kreise der Arbeitgeber die Herren: 1. Kurt Thiemann, Regierungsrat, Wittenberg. 2. Clemens Stitz, Buchdruckereibesitzer, Wittenberg. 3. Hermann Richter, Kaufmann, Wittenberg. 4. Otto Keller, Schneidermeister, Wittenberg. 5. Karl Schulz-Netzer, Kaufmann, Wittenberg. 6. Kurt Risch, Kaufmann, Wittenberg. 7. Paul Zimmermann, Kaufmann, Wittenberg. 8. Oskar Wille, Kaufmann, Wittenberg. 9. Rudolf Müller, Installationsmeister, Wittenberg. 10. Max Jahr, Architekt, Wittenberg. II. Aus dem Kreise der Versicherten die Herren: 1. Ernst Schuck, Maurer, Wittenberg. 2. Heinrich Schaper, Meister, Kleinwittenberg. 3. Paul Uhlemann, Arbeiter, Kleinwittenberg. 4. August Schulz, Eisendreher, Wittenberg. 5. Wilhelm Körsten, Gemeindearbeiter, Wittenberg. 6. Hermann Keller, Schlosser, Wittenberg. 7. Paul Kühne, Buchdrucker, Wittenberg. 8. Paul Rudolph, Kaufmann, Wittenberg. 9. Otto Wagner, Buchdrucker, Wittenberg. 10. Robert Schulz, Arbeiter, Piesteritz. 11. Richard Fechner, Holzarbeiter, Wittenberg. 12. Adolf Otto, Schlosser, Wittenberg. 13. Willi Kaler, Arbeiter, Piesteritz. 14. Otto Fehse, Zimmerer, Wittenberg. 15. Wilhelm Mucke, Arbeiter, Kleinwittenberg. 16. Wilhelm Hermann, Dachdecker, Wittenberg. 17. Alois Hose, Buchbinder, Wittenberg. 18. Karl Hennig, Arbeiter, Piesteritz. 19. Wilhelm Pahlow, Arbeiter, Wittenberg. 20. Wilhelm Hübner, Tischler, Wittenberg.

Die auf den 23. Oktober 1921 anberaumten Wahlen fallen daher aus. Die Gültigkeit der Wahl kann innerhalb eines Monats beim Kassenvorstand oder beim Versicherungsamt in Wittenberg angefochten werden. Die Entscheidung über die Anfechtung steht dem Versicherungsamt zu.

Wittenberg, den 17. Oktober 1921.

Der Kassenvorstand.
C. Stitz, Vorsitzender. *1274

Quäkerspeisung.

Am 31. Oktober d. J. beginnt seitens der amerikanischen Kinderhilfskommission (Quäker) eine neue Speisung von Schulkindern, Jugendlichen (Mädchen und Knaben) bis zum vollendeten 17. Lebensjahre, von vorschulpflichtigen Kindern, sowie von werdenden und stillenden Müttern.

Mündliche Anmeldungen für die drei zuletzt genannten Gruppen, mit Ausnahme der die höheren Schulen oder die Fortbildungsschulen besuchenden männlichen und weiblichen Jugendlichen werden im Städt. Wohlfahrtsamt, Neues Rathaus, Markt 1, Zimmer 16a, täglich entgegengenommen.

Die Auswahl für die Teilnahme an der Speisung wird später durch den Arzt getroffen werden.

Merseburg, den 11. Oktober 1921.
IV. 8106/21. **Der Magistrat. — Wohlfahrtsamt.**

Ansichtskarten
empfiehlt **Volksbuchhandlung, Harz 42/44.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211018-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 18. Oktober 1921.

Bürgerliche Heuchelei.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung lehnt die Russenhilfe ab. — Die Geldablösung der Zwangseinquartierung wird angenommen. Auch die Unabhängigen stimmen dafür.

Menschlichkeit, Edelmut, allumfassende Liebe und gegenseitige Hilfe, das ist die Steinersche menschheitserlösende Dreigliederung, nach der die Menschen leben sollen. Der bürgerlichen Gesellschaft ist das alles Hekuba. 50 Prozent und mehr Profit: sie schreitet über Leichen, über hungernde Proletarier, über die furchtbaren Leiden eines hungernden Volkes ... Der Hunger in Rußland ist Spekulation ...

*

Der Antrag der Kommunisten steht zur Beratung. 50 000 Mk. sollen bewilligt werden zur Unterstützung der hungernden Bevölkerung in Rußland. Der Vorsteher rückt nervös auf seinem Sessel hin und her. Minner, ein Demokrat, spricht: „Die Vorlage ist weiter nichts als eine Demonstration der Kommunisten. Nicht die Naturkatastrophe ist schuld an dem Hunger in Rußland, sondern die Herrschaft der Arbeiter. Die Hungerkatastrophe ist die Bankrotterklärung der Arbeiterherrschaft..“ Kein Sturm der Entrüstung auf der linken Seite. Die Kommunisten machen Zwischenrufe. Kein Mensch verbietet diesem gewissenlosen Schwätzer den Mund. Minner, der Demokrat, darf seine erbärmliche Heuchelei, die ungeheuerlichsten Provokationen fortsetzen. Er darf ein Volk, das unter den allergrößten Schwierigkeiten eine neue Weltordnung errichtet und inmitten dieser großen Aufbauarbeit von einer Naturkatastrophe heimgesucht wird, die 20 bis 30 Millionen Menschen dem Hungertode ausliefert, verleumden, beleidigen, es als ein Volk von Verbrechern, Mördern, Brandstiftern usw. bezeichnen. ... Und doch hat ihn dieses Volk, als er selbst in Rußland war, wieder über die Grenze gelassen, ohne ihm ein Haar zu krümmen. Ein Sozialdemokrat spricht. Er ist beim antibolschewistischen Reichsheimatdienst und heißt Müller. Er sagt dasselbe, was die Deutschnationalen, die Stinnespartei und die Demokraten zu diesem Antrage sagen müssen. Er muß ihn als eine „Gewissensfrage“ behandeln und ablehnen. Und dieser Stinneskorporal bringt es fertig, seine Ausführungen mit dem Satze einzuleiten: „Wir (Sozialdemokraten) sind noch immer die Vertreter der arbeitenden Bevölkerung!“ Während Genosse Illgenstein längere Ausführungen über die Not in Rußland macht, Zitate von Schriftstellern über die Hungerkatastrophen unter dem zaristischen Regime bringt und statistische Angaben über die vielen Tausende von Hungerleichen macht, die jährlich nicht als Opfer einer Naturkatastrophe dahingerafft wurden, sondern aus imperialistischer Raubgier, wird die Rechte immer unruhiger. Herr Minner gefällt sich in den flegelhaftesten Bemerkungen. Sein Haß gegen die Arbeiter kennt keine Grenzen. ... Ueber den Hungertod von Millionen Menschen hat er nur ein brutales Lachen. Genosse Illgenstein spricht weiter. Er spricht von der Lüge und Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft. Der Vorsteher rückt immer nervöser auf seinem Sessel herum. Nun ist es ihm zuviel. Er verbietet dem Genossen Illgenstein irgend etwas abzulesen. Genosse Illgenstein macht ihn darauf aufmerksam, daß er einige Zitate abgelesen habe, das dürfe er noch immer tun. Die Stimme des Vorstehers schnappt vor Erregung über. Herr Keil, seines Titels aus dem Richterstande, hat sich — blamiert und muß Illgenstein ruhig weiter reden und Zitate ablesen. Es kommt zur Abstimmung. Die Linke stimmt (außer dem „Sozialdemokrat“ Müller vom Heimatdienst) geschlossen für den Antrag der Kommunisten. Der Antrag ist abgelehnt. Der Vorsteher stellt den nächsten Punkt zur Beratung. Die Kommunisten protestieren gegen die Handhabung der Geschäftsordnung durch den Vorsteher. Sie verlangen geschäftsordnungsmäßige Abstimmung des Antrages für die Russenhilfe. Eine erregte Geschäftsordnungsdebatte setzt ein. Der Vorsteher, Herr Keil, geht mit einer diktatorischen Handbewegung über alle Proteste hinweg. Er hat die Macht und glaubt, sie anwenden zu können. ...

*

Die politische Bühne ändert sich von Minute zu Minute. Die Zwangseinquartierung durch Geldablösung steht zur Beratung. Mehrheitssozialisten empfehlen die Vorlage mit großer Wärme. Unabhängige sehen in der Erhaltung der Klassengegensätze und in der Unterstützung des Luxus und Schlemmerlebens des Schiebergesindels eine notwendige Etappe zur Ueberwindung sozialistischer Illusionen, um die Konsolidierung der kapitalistischen Profitwirtschaft wieder vorzubereiten, von der ihr großer Kautsky seit einigen Jahren wieder schreibt. Nur ein einziger, der Unabhängige Kürbs, tanzt außer der Reihe und lehnt die Vorlage ab. Unsere Genossen bringen durchschlagende Argumente gegen diesen ungeheuerlichen Volksbetrug. Sie weisen auf die Erbitterung der Bevölkerung hin, die ohnehin schon besteht, die aber durch diese Provokation noch weiter vertieft wird. Die in elenden Hütten hausenden Proletarierfamilien werden das nicht begreifen können. Die Praxis wird beweisen, daß auch dieses Gesetz die Wohnungsnot nicht beheben kann. Alle Versuche sind bisher an dem Widerstande der besitzenden Klasse und an der Unfähigkeit der Machthaber gescheitert. Durch diese Vorlage wird nichts gebessert. Der deutschnationale Kreisschulinspektor Busse freut sich über die Einsicht der Unabhängigen, die nach seiner Meinung die „soziale Gerechtigkeit dieser Vorlage“ richtig erkannt haben. Ob die Unabhängigen besonders erfreut waren über diese zynische Bemerkung ...?! Die Geldablösung der Zwangseinquartierung wird mit den Stimmen der Bürgerlichen, Sozialdemokraten und Unabhängigen gegen die Stimmen der Kommunisten und einiger Unabhängigen angenommen.

*

Die übrigen Vorlagen passieren das parlamentarische Theater ohne Widerstände. Eingangs wird die Genossin Fehse als Stadtverordnete eingeführt. — Der Ergänzungswahl von Beisitzern für das Mieteinigungsamt wird nach dem Vorschlage des Wahlausschusses (10 von den Hausbesitzern und 10 vom Mieterverein) zugestimmt, im übrigen wird diese Vorlage vertagt, da von der Linken gegen die Liste im allgemeinen Widerspruch erhoben war. — Der mitteldeutschen Bauzentrale wird, nachdem von der rechten Seite der Versuch einer Verschleppung durch den Widerspruch unserer Genossen gescheitert war, ein Baukostenzuschuß von 1 125 000 Mk. bewilligt. — Zu der Vorlage über Nachbewilligung für das Stadtbad macht Genosse Günther auf die Mißstände in einigen Bädern aufmerksam und fordert vom Magistrat, daß diese abgestellt werden und daß die Badeanstalten nicht verkauft, sondern den Bedürfnissen der Bevölkerung angepaßt werden müßten.

Staat, Kirche und Schule.

Mit diesem Thema hatte die Freidenkervereinigung Halle für Sonntagvormittag zu einer öffentlichen Versammlung nach dem „Volkspark“ eingeladen. Als Redner war der bekannte Leipziger Freidenker Theodor Mayer vorgesehen, der aber am Erscheinen verhindert war, so daß ein anderer Leipziger Freidenker das Referat übernommen hatte. Der Redner führte etwa folgendes aus: Mit den Fragen: was ist der Staat, wie steht er zu uns, beschäftigt sich der Arbeiter zuerst, denn er fühlt tagtäglich beim Kampf ums Dasein, daß die Gesetze, die Steuern, kurz staatliche Einrichtungen, diesen Kampf für ihn bedeutend erschweren. Doch Schule und Kirche sind nicht minder gefährliche Feinde. Sie sind eng mit dem Staate verknüpft und seinen Interessen (das sind die Interessen der besitzenden Klassen) durchaus untertänig. Eine Interessengemeinschaft auf Gegenseitigkeit. Der Staat zieht die Kirchensteuern ein, bestraft die „Gotteslästerer“, erzwingt schon für das neugeborene Kind den Eintritt in eine Landeskirche. Die Kirche hier wiederum lehrt den Untertansinn vor der Obrigkeit, erbittet den Schutz des „Höchsten“ für die deutschen Maschinengewehre und Kanonen, beeinflußt ungeheuer das öffentliche Bewußtsein durch die Vertröstungen auf ein Jenseits, durch das Vertuschen der sozialen Gegensätze. Ebenso die Schule. Außer dem schwarzweißroten Geschichtsunterricht war Religionsunterricht Zwang in den Volksschulen. Bei einer solchen Höhe der Erkenntniswissenschaften wie heute wird das doch so empfängnistiefe Kindergemüt mit den Katechismusalbernheiten belastet. Die Revolution hat uns etwas vorwärts gebracht. Die Freidenkerbewegung kann öffentlich wirken und hat schon große Erfolge. Der Austritt aus der Kirche ist bedeutend erleichtert. So sind in Leipzig 184 14jährige ohne Zustimmung ihrer Eltern aus der Landeskirche ausgetreten und mit 2000 anderen zur proletarischen Jugendweihe gegangen. Das „Weltkriegstahlbad“ hat ungeheuer aufrüttelnd gewirkt, z. B. die Verhöhnung des 5. Gebots: „Du sollst nicht töten“ durch die Trommelfeuer, die im Namen des „von Gottes Gnaden“ angeordnet wurden, ebenso wie die „wissenschaftlichen“ Feststellungen, daß Stroh ein nahrhaftes Volksnahrungsmittel sei. Von 70 000 Pastoren haben nur 140 ein Flugblatt gegen den Krieg unterzeichnet. Aus allen Erfahrungen müssen die Arbeiter die Lehre ziehen, daß den kirchlichen Bestrebungen energisch entgegenzuarbeiten ist, durch Schaffung von Aufklärung über diese Gebiete.

Die Diskussion wurde eingeleitet durch den Pfarrer v. Broecker. Ohne einzugehen auf das zu einem Ararat angewachsene Material über den Gegensatz zwischen den christlichen Kirchen mit den christlichen Dogmen, sprach er über das letzte Prinzip des Christentums: Brüderlichkeit, Liebe. Eine konservativ-dogmatische Auffassung über Nächstenliebe. Der Fortschritt liegt auch hier bei denen, die sich durch genaue Untersuchungen über die Rolle der „Liebe“ in der Geschichte der Menschheit ein klares Bild schufen, und die nicht indifferent: Liebe, Liebe, Brüderlichkeit schreien, sondern die einsehen, daß je nach Zeit und Umständen alles den Menschen nützlich sein kann, alle menschlichen Eigenschaften, d. h. auch Haß, Gewalt, Tötung usw. Buddha, Mohammed, Christus, ihre Lehren sind vergangene Lehren, die imperialistischen Philosophen, das sind jetzt die Interpretatoren der Gesellschaft und auch sie wanken schon beträchtlich, Marx und Lenin erobern die Gegenwart, beherrschen die nächste Zukunft! Studienrat Lemker äußerte sich allgemein über die nötige Hand voll Gedanken, die man haben müsse, um an Erkenntnisprobleme heranzugehen. Seine Worte treffen besonders auch die Lernmethoden in der gesamten heutigen Erziehung. Mit ihm polemisierte länger der Bildhauer Koppe, der sehr gut aus den Ereignissen des 18. Jahrhunderts die Gedanken dieses Jahrhunderts erklärte. Lehrer Kuckuck unterstrich die Ausführungen des Referenten und stellte wirkungsvoll gegenüber: Liebe — Weltkrieg, Theologiestudenten — Mechterstädter Morde, Brüderlichkeit — kapitalistische Ausbeutung. Die komische Figur spielte ein Herr Dr. Taube. Ohne jede intellektuelle Einstellung, kindlich-naiv stand er den Fragen gegenüber. Vielleicht ist er das „ehrliche Proletarierkind“, vielleicht ein gewiefter Stahlhelmer.

* **Freie Volksbühne** (Thalia-Theater). 1. Aufführungsreihe: Nathan der Weise. Spieltage: G: Mittwoch, den 19., H: Donnerstag, den 20., J: Sonnabend, den 22., K: Montag, den 24., L: Mittwoch, den 26., M: Montag, den 31. Oktober.

Für die Kinder der Volksbühnenmitglieder findet am Mittwoch, den 26. Oktober, nachmittags 4½ Uhr, im Reform-Real-Gymnasium, Friesenstraße 3/4, ein Busch-Nachmittag (Max und Moritz) mit Lichtbildern statt. Der Verkauf der Eintrittskarten (Kinder 50 Pf., Erwachsene 1,50 Mk.) beginnt am Mittwoch, dem 19. Oktober, in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14, von 9 bis 1 und 3 bis 5 Uhr.

* **Aus der Luftschaukel geschleudert.** Am Sonnabendnachmittag wurde ein 14 Jahre alter Schüler aus einer in der Ludwigstraße aufgestellten Luftschaukel während der Fahrt herausgeschleudert. Außer einem Armbruch erlitt er am Kopfe noch einige leichtere Verletzungen. Er wurde dem Elisabethkrankenhause zugeführt.

Sport

T.-V. Die Naturfreunde. Heute, Dienstag, abend 7 Uhr, Musikgruppe im Mozartsaal, Weidenplan. — Jugendgruppe ½7 Uhr abends, **Probe in der Kolonnade des „Volksparks“.** Donnerstag abend 7 Uhr im Mozartsaal: Fortsetzung des Sanitätskursus — Im Gewerkschaftshaus, Zimmer 14, abends 7½ Uhr: Mädelsabend. — Jugendgruppe. Zusammenkunft abends 7 Uhr im Zeichensaal, Klosterstraße. — Sonnabend abend ½7 Uhr, im großen Saale des „Volkspark“. Mitwirken beim Werbeabend des Arbeiter-Sportkartells. — Sonntag nachmittag ½2 Uhr: Kinderwanderungen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen Fritz Krob; Verlag: Produktiv-Genossenschaft, e. G. m. b. H., für den Bezirk Halle-Merseburg, Abtlg. Verlag Klassenkampf, Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Wir eröffnen
Mittwoch, den 19. Oktober 1921
in Halle a. S.
Große Ulrichstraße 12
ein erstes Spezialgeschäft für
Herren- und Damen-Stoffe!
Sie sparen viel Geld, wenn Sie Ihre Einkäufe bei uns machen!
8649
Mitteldeutsche Textil-Gesellschaft m. b. H.

Leben · Wissen · Kunst

Licht.

5 Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Fünfzehntes Kapitel.

Martha Tusseks Tod wirkte lähmend auf Andreas Merz. Lange Zeit vermochte er nicht das Bild zu vergessen, daß sich im Morgengrauen seinen Augen bot, da er nach beendeter Schicht in die Hütte des Schmiedes kam. Das erbarmungslos kalte Licht der ersten Morgenstunde erfüllte die dumpfe übelriechende kleine Stube. In der Ecke schlief schnarchend der betrunkene Schmied. Martha Tussek lag mit wachsgelbem, verzerrtem Gesicht im Bett, das Kinn war herabgesunken, die offenen Lippen ließen in einem bösen Grinsen die Zähne sehen, die gebrochenen Augen starrten vor sich hin. Die Bettdecke, von Blut und Schleim beschmutzt, stank widerlich.

In Andreas' tiefe Traurigkeit mischte sich dumpfer Groll. So also stirbt der arme Mensch. Kein Arzt, keine Pflegerin erleichtert ihm die letzten Stunden, niemand drückt ihm die Augen zu. In ekkem Schmutz und Gestank liegt der tote Leib, der im Todeskampf schief gegerrte Mund grinst höhnisch bitter anklagend, schreit nach dem Leben, das dem Toten geraubt ward. Und in der Ecke schnarcht vertiert die kalte Gleichgültigkeit.

Andreas Merz hatte das Gefühl, Martha Tusseks Tod bedeute das Ende seiner Jugend. Er zählte nun vierundzwanzig Jahre, war ein stämmiger Mann mit harten Zügen, zornig-traurigen Augen. Was hatte ihm bisher das Leben gegeben? Arbeit, daß die Knochen schmerzten, eintöniges, ewig gleiches Schuften in der trostlosen Nacht der Grube, Augenblicke tierischen Wohlbehagens, wenn er nach etlichen Gläsern Schnaps mit einem Mädchen hurte, ein großes Glück in den Tagen, da im Bergwerk der Streik aufkohte, da rote Hoffnung emporflammte, dann bitterste Enttäuschung, der Zusammenbruch aller Hoffnungen. Solange Martha Tussek noch lebte, hatte er sich an sie, an ihren unerschütterlichen Glauben geklammert. Nun, da er allein zurückblieb, schien in ihm alles zu ersterben. Die fatalistische Ergebung vieler ausgebeuteter, geknechteter Generationen lebte in ihm auf. Der Arbeiter kann den Fluch der Armut nicht abschütteln, alles ist vergeblich. Wozu ringen und kämpfen, wozu hassen? Im Land des ewigen Morgen liegt die neue Welt; keiner wird sie erreichen. Alles ist vergeblich.

Er dachte daran, das Bergwerk zu verlassen, anderswo Arbeit zu suchen. Eine seltsame Lockte ihn die Fremde: neue Länder, neue Menschen, Schönheit, Sonne. Aber er hatte ja nichts anderes gelernt, konnte nur im Bergwerk schaffen, und dies bedeutete, wohin auch immer er zog, die gleiche trostlos eintönige Nacht, die hier auf ihm lastete.

Da er noch schwankte, das Für und Wider erwog, kam Andulkas jüngster Bruder ins Kohlenrevier. Staunend betrachtete Andreas Merz den hochaufgeschossenen hageren Burschen mit den übermütigen blauen Augen, der frechen aufgestülpten kleinen Nase. Franisek Sova war Rattelbinder; auf seinen Wanderungen durchstreifte er halb Europa, begleitet von einem zottigen kleinen gelben Hund, der ebenso mager, ebenso lustig und frech war, wie sein Herr. Zerlumpt, ewig hungrig, stets guter Dinge, den Kopf voll toller Streiche, heuchte dieser Franisek Andreas Merz ein Wesen aus einer anderen Welt.

„Heute habe ich Geld und lebe wie ein Fürst," erzählte der junge Tscheche vergnügt. „Morgen bin ich arm, muß betteln — oder auch stehlen, wie's gerade kommt. Beim Pfarrer sag ich: die liebe Mutter Gottes wird's euch lohnen, beim Pastor rede ich von meinem evangelischen Glauben, beim Rabbiner brauch' ich bloß zu sagen: ich bin arm, dann gibt er mir Geld. Meine zwei Füße tragen mich durch die ganze Welt. Die Erde ist herrlich, schöne Länder gibt es überall, Berge, Seen und hübsche Mädchen. Das Leben ist gut."

Andreas Merz starrte ihn düster an. „Das Leben ist schlecht. Ueberall Ungerechtigkeit, Elend, Schmerz."

Der Rattelbinder lachte. „Weil die Menschen dumm sind. Hast du zu viel, und ich hab zu wenig, so nehm ich's dir fort. Die Leute nennen es Stehlen. Ich aber sage, wer mehr hat als er braucht, ist der Dieb. Weshalb soll ich einem Dieb nichts von seiner Beute abnehmen? Sagt doch auch der Pfarrer: unrecht Gut gedeiht nicht."

Er blickte Andreas Merz an, seine übermütigen Augen wurden ernst, schier zornig sprach er: „Ihr seid ja alle so dumm, so furchtbar dumm! Wohin ich auch komme, überall höre ich Klagen und Jammern: wir sind so arm, müssen schuften, bis uns die Knochen krachen und bringen es dennoch zu nichts. Sag ich aber den Leuten: so nehmt doch, was ihr braucht, es ist alles da, gutes Essen, warme Kleider, schöne Häuser, so schlagen sie die Hände zusammen: der Franisek ist ein Dieb! Ich schwöre bei meiner Seligkeit, daß ich nie einem Armen etwas gestohlen habe, mir immer bloß nahm, was mir zukommt; — und da nicht einmal alles."

Er blickte an seinem zerlumpten Anzug hinab, fuhr fort: „Bin ich nicht ein schöner Bursche? Weshalb hab ich kein prächtiges Gewand, keine feinen Stiefe an den Füßen? Wie viele Anzüge, glaubst du, hat der Mann, dem die Grube hier gehört? Zwei, drei, vier? Hat er sie nicht mir gestohlen und jedem, der in Lumpen herumläuft? Und selbst, wenn er sie gekauft hat, hat er nicht das Geld dazu gestohlen? Bestiehlt er euch nicht täglich, stündlich, um eure Arbeit, die er schlecht entlohnt, um eure Kraft in der Jugend, um friedliche, sorglose Rast im Alter? Um Glück, Leben, Genuß? Und da soll man ihn schonen, den armen reichen Mann, ihm ja nichts fortnehmen von seinem Raub?"

Franisek trommelte auf einer Blechschüssel, die er zwischen den Knien hielt, lachte, sang halblaut ein tschechisches Lied vor sich hin.

Die dicke Andulka nickte. „Der Franisek hat recht."

„Freilich hab ich recht. Wer war der Mensch, der das erste Gesetz gegen das Stehlen erlassen hat? Der erste Mensch, der mehr besaß, als er brauchte, — der erste große Dieb. Du wirst eingesperrt, wenn sie dich beim Stehlen erwischen; aber seit Hunderten von Jahren beugen sich die Leute einem Gesetz, das ein Dieb gemacht hat, der für seine Beute fürchtete. Ist das nicht närrisch?"

Der junge Tscheche blickte auf Andreas Merz, der verdrossen den Kopf schüttelte. „Kannst du mich nicht verstehen? Hast wohl Kohlenstaub in den Augen, Bruder? Wasch sie dir rein, damit du besser zu sehen vermagst."

Franisek lachte, doch fiel jählings ein düsterer Schatten auf sein junges übermütiges Gesicht, die blauen Augen blickten hart. „Ihr habt alle Kohlenstaub in den Augen, seht nicht, daß die ganze Welt etwas Neuem zutreibt. Ueberall will es Frühling werden, aber euere Köpfe bleiben kahl und dürr, wie der Baum im Winter. Macht doch die Augen auf. Sehr ihr denn nicht, wie sich die Heere sammeln zum großen Kampf gegen die Unterdrücker? In allen Ländern, bei allen Völkern. Auch bei euch, ihr Nemci.*) Nicht umsonst kommt man euch Nemci, die Stummen. Ihr habt geschwiegen und alles stumm ertragen, viele Menschenalter hindurch. Macht doch jetzt endlich den Mund auf, schreit, brüllt: „Wir sind kein Herdenvieh, fordern endlich Gerechtigkeit!" Und wenn das Schreien nichts nützt, habt ihr denn keine Fäuste? Und wenn die Fäuste nicht genügen, gibt's denn im Land keine Waffen? Geben die Räuber und Diebe nicht gutwillig die Beute her, dann, bei Gott, werden wir Gewalt anwenden."

Andreas Merz war blaß geworden. Schier atemlos, mit gepreßter Stimme, fragte er den Rattelbinder: „Du bist Sozialist?"

Franisek lachte. „Natürlich. Glaubst, weil ich nicht den Kopf hängen lasse, über das Unrecht der Welt jammere und stöhne, kann ich kein Sozialist sein? Freilich packt mich oft die Wut, aber ich weiß genau, bald kommt der Tag, da die großen Diebe am Galgen baumeln und wir Unterdrückten die Herren sein werden. Soll ich da nicht lachen und froh sein?"

*) Deutsche.

Andreas Merz war zumute, als fiele eine bleischwere Last von ihm ab. Wärmend flutete der unerschütterliche Glaube des anderen zu ihm hinüber, durchglühte, belebte ihn.

Die dicke Andulka, die Andreas lieb hatte und deren gütige Seele sich um den stets mürrischen, schwermütigen Burschen sorgte, sprach: „Du solltest mit dem Franisek gehen, Andreas. Im Sommer ist das Wandern schön; zum Winter kannst du wieder heimkehren."

„Ja, komm mit mir, Bruder, schau dir ein wenig die Welt an. Wo's für einen langt, langt's auch für zwei."

„Ich muß es mir überlegen", erwiderte Andreas Merz.

„Ueberlegen! Ueberlegen!" Der Tscheche lachte ungeduldig. „Ihr Deutsche überlegt euch noch zu Tod. Am Sonntag zieh ich weiter und du kommst mit!"

Und als am Sonntag Franisek das Kohlenrevier verließ, zog Andreas tatsächlich mit; verwirrt, schier betäubt von der Bedeutsamkeit seines Entschlusses, angelockt von der fremden, schimmernden Ferne.

•

Seltsame Tage folgten. Anfangs vermochte Andreas Merz das fremdartige Gefühl der völligen Freiheit nicht zu erfassen. Gab es denn wirklich ein Leben, in dem man sein eigener Herr war, nicht am Morgen dem Befehl der Sirene gehorchen mußte? War es möglich, daß man frei über jede Stunde verfügen durfte, wandern, wenn es einem gefiel, träge im warmen Gras liegen, wenn es einem beliebte? Offenbarung war ihm die lenzliche Pracht der Erde, die Frische der betauten Wiesen am frühen Morgen, die kristallene Helle der Bäche und Quellen, die feierliche Schönheit tiefstiller Wälder. Offenbarung auch der Frohsinn des jungen Tschechen, der pfeifend, singend, plaudernd neben ihm einher wanderte.

„Du kannst erst dann ein echter Sozialist sein, wenn du weißt, wie schön die Welt für uns sein könnte", meinte Franisek. „Ihr wißt ja alle gar nicht, was a man euch raubt, fühlt nur dumpf, daß euch Unrecht geschieht. Wie ungeheuerlich dieses Unrecht ist, ahnt ihr nicht."

Einmal, da sie an einem sonnenseligen Maitag unter blühenden Apfelbäumen rasteten, sagte Franisek unvermittelt: „Jetzt schuften deine Kameraden in der Grube in Nacht und Gestank."

Andreas Merz zuckte zusammen; Schmerz überfiel ihn, jählings wurde vor seinen Augen die schimmernde Schönheit ringsum verdunkelt. Franisek beobachtete ihn ungeduldig.

„Jetzt wirst du wieder traurig. Nicht traurig sollst du werden, sondern zornig. Ein guter starker Zorn, der Tat zeugt, soll in dir leben."

„Was vermag ich zu tun? Ein Einzelner?"

(Fortsetzung folgt.)

Mein Herz schlägt laut . . .

Von Arno Holz.

Mein Herz schlägt laut, mein Gewissen schreit.
Ein blutiger Frevel ist diese Zeit!
Am hölzernen Kreuz verröchelt der Gott,
Kindern und Toren ein seichter Spott;

verlöscht ist am Himmel das letzte Rot,
über die Welt hin schreitet der Tod,
und trunken durch die Gewitternacht klingt
das sündige Lied, das die Nachtigall singt!

Und immer dunkler wird die Nacht,
die Liebe schläft ein und der Haß erwacht,
und immer üppiger dehnt sich die Lust,
und immer angstvoller schwillt die Brust;

kein Stern, der blau durch die Wolken bricht,
kein Lied, das süß von Erlösung spricht —
mein Herz schlägt laut, mein Gewissen schreit:
Ein blutiger Frevel ist die Zeit!

Verrückt.

Zwei Bilder.

Eine Utopie.

In einer herrlichen Villa wohnte ein steinreicher, bieherer Bürgersmann. Wie das bei solchen Leuten zu sein pflegt, war auch er ein begeisterter Anhänger der Monarchie; liebte seinen Kaiser und König über alles und was dazu gehörte, wie: Patriotismus, Militarismus, Orthodoxie usw. Es war darum selbstverständlich, daß er Vorsitzender des Militärvereins und auch im Kirchenvorstande vertreten war. Schwarz galt ihm als die schönste Farbe; rot aller Nüancierung haßt er bis tief in sein Innerstes; d. h. er war Sozialistenfresser, un. weise zu sein, bildete er sich ein.

Dieser gute Mann hatte zwei prächtige Kinder. Und als die Zeit kam, daß sie die Schule besuchen mußten, faßte er den Entschluß, seine Lieblinge einem „besonders" tüchtigen Privatlehrer in die Hände zu geben; einem Menschen — der durch und durch revolutionärer Sozialist war und sie auch als solche erzog. Damit war der Vater nicht nur einverstanden, sondern unterstützte den Lehrer aufs eifrigste, die Kinder zu Feinden monarchistischer Gesinnung zu erziehen.

— — — Alle Nachbarn, Bürger, Verwandten, Bekannten und Tanten nannten ihn darum einen Sonderling, viele behaupteten sogar, in seinem Kopf wäre ein Rädchen locker. Der Pfarrer war offener und sagte: „Der Mann ist verrückt!"

Eine Tatsache.

Die große Mietskaserne reichte nicht aus. Darum waren ihr einige Hinterhäuser angeschlossen, die Mutter Sonne, dank der schlechten Lage, nur selten besuchte. Hier in einem dieser Menschenställe wohnte ein klassenbewußter, exzrevolutionärer Arbeiter, der, wie es solchen Leuten gebührt, auch der Sozialistischen oder Kommunistischen Partei, dem Freidenkerbunde und dergleichen umstürzlerischen Einrichtungen angehörte. Wegen seiner eisernen, unbeugsamen Konsequenz war er in all diesen Vereinigungen mit in den Vorstandsämtern vertreten. Schon wenn er die Worte „Kaiser, Militarismus, Kirche usw." auch nur hörte, geriet er in kaum zu bändigende Wut. Das war ihm seiner Gesinnung nach nicht zu verdenken.

Eines Tages brachte ihm Gevatter Storch zwei kleine Weltenbürger. Sein einziger Gedanke war: wo nimmst du gleich die Paten her. Doch es gelang und beide wurden evangelisch-lutherisch abgestempelt, d. h. getauft. Zur Zeit des Schulbeginns war seine größte Sorge ein guter Lehrer, der das reine christlich-kapitalistische Evangelium seinen Kindern beibrachte. Daß es den Eltern freistand, ihre Lieblinge aus dem Religionsunterricht herauszunehmen, wußte er, hielt es aber für unnötig. Kein Pfennig war ihm zuviel, seinen Jungens tiefempfindende religiöse, sowie sozialene Bücher zu kaufen. Herzlich groß war seine Freude, seine Buben als brave, monarchistisch, echt „teutsche" Bürger heranwachsen zu sehen.

— — — Alle Nachbarn, Sozialisten, Verwandten, Bekannten und Tanten hielten seine Handlungsweise für ganz in der Ordnung, viele behaupteten sogar, er sei ein „guter" Sozialist. Der Pfarrer war offener und sagte: „Solche Leute können wir gut gebrauchen, obwohl der Mann verrückt ist!"

Die Eifersucht.

Von Dr. A. Forel.

Leider lassen sich die Menschen in ihren Handlungen viel mehr, ja fast allein, wenn auch nur unterbewußt, von ihrer Gemütsstimmung und ihren Leidenschaften als von ihrer Vernunft leiten. Daher kommt die zerschmetternde und vernichtende Gewalt der Eifersucht. Sie ist typisch egoistisch; man verwünscht den anderen, weil man ihm nicht gönnt, was man für sich selbst beansprucht. Man hat bei der sexuellen Untreue in und außerhalb der Ehe von einer berechtigten Eifersucht gesprochen. Welchen Selbstbetrug enthält nicht solche Behauptung! Hier ist nicht die Eifersucht, sondern die Traurigkeit über den Betrug oder über den Wechsel der sexuellen Liebe beim anderen Teil berechtigt. Deshalb wird in solchen Fällen ein edler und altruistischer Mensch fast niemals eifersüchtig: er verzeiht, und wenn er trotzdem die Liebe seines Partners nicht wiedergewinnen kann, gestattet er die Scheidung.

Wer eifersüchtig ist, bekundet daher einen starken Egoismus. Oft ist die Eifersucht mit einer krankhaften Anlage zu entschuldigen. Viele Geisteskranke sind sehr eifersüchtig, und es gibt eine besondere Art hysterischer Eifersucht. Einmal hatte ich einen hysterischen Mann mit Hypnotismus behandelt, und er hatte mir dabei seine krankhafte Eifersucht gestanden. Sonst war er aber edel und altruistisch gesinnt. Nun erklärte er mir kurz darauf seine Liebe für ein Mädchen. „Wieso denn?" sagte ich zu ihm, „Sie wollen das arme Mädchen durch Ihre Eifersucht ins Unglück stürzen?" Solange Sie an dieser Leidenschaft krank sind, dürfen Sie überhaupt nicht an eine Ehe denken, aber ich will versuchen, Sie davon zu heilen." Der Mann war sehr beeinflußbar, und es gelang mir in der Tat, ihn von seiner Eifersucht durch Suggestion zu heilen. Er heiratete; seitdem sind mehr als zehn Jahre vergangen, und seine Ehe ist glücklich geblieben. Es sind dies jedoch seltene Ausnahmefälle. Die Eifersucht liegt meistens unheilbar in der erblichen Anlage des Menschen verborgen, und, statt sie in ihrer ganzen Häßlichkeit zu gestehen, sucht man sie, meistens unbewußt, heuchlerisch, mit allerlei Phrasen zu beschönigen und umzudeuten.

Um eifersüchtig zu werden, muß ein Mensch, bewußt oder unterbewußt, einen schwachen Punkt an seiner eigenen Person, sei es körperlich, sei es geistig oder gemütlich gefühlt haben. Ein Weib muß zum Beispiel eine schönere Frau als sie, ein Mann einen stärkeren oder gescheiteren oder edleren Mann als er entdeckt haben.

Die Eifersucht kann bei Mann wie Weib zu den unglaublichsten Handlungen treiben. Ein Mann ließ zum Beispiel seine Frau aus Eifersucht nur in schwarzen und schmutzigen Kleidern ausgehen. Eine Frau zwang ihren schwachen und gutmütigen Ehemann, im Gasthof ihr gegenüber zu sitzen, und sobald er nur einen Blick zufällig auf andere Frauen richtete, machte sie ihm die fürchterlichsten Eifersuchtsszenen.

Zum Mord und Selbstmord führt bekanntlich diese Leidenschaft sehr häufig. Zurzeit, da Eva in den Apfel biß und Adam auch hineinbeißen ließ, hat offenbar die Giftschlange „Satan" beiden unvermerkt die Eifersucht in die Adern fließen lassen. In wissenschaftliche Sprache übersetzt heißt diese biblische Sage soviel, als daß ein solcher Eifersuchtsfatan seit Jahresmillionen in den Keimzellen unserer Ahnen, infolge des Kampfes ums Dasein, der Zuchtwahl und der allmählichen Vererbung erworbener Eigenschaften, tief und fest verankert in unserer menschlichen Natur verborgen liegt.

Es wäre dennoch ganz verfehlt, sich fatalistisch diesem unsozialen Uebel als einfach unvermeidlich zu fügen. Es gibt Menschen, die wenig oder fast nicht zur Eifersucht neigen. Diese Rasse sollte gezüchtet werden. Ein solches Problem gehört zur Eugenik des zukünftigen sozialen Staates, der überhaupt die Aufgabe haben wird, allmählich alle unsozialen Leidenschaften nach und nach beim Menschen nach Kräften wegzuzüchten. Jedenfalls können leichte Scheidungs- und Trennungsgesetze, verbunden mit der Gleichberechtigung beider Gef[illegible]tig und befreiend wirken. Die Eifersucht muß [illegible]ik in Acht und Bann erklärt werden.

Es gibt auch eine nicht sexuelle Eifersucht, die man besonders bei Kindern oft und leicht beobachten kann, und die ohne Grenze in den einfachen Neid übergeht. Hier kann wohl eine wohlgeordnete Erziehung von Kindesbeinen an sehr günstig wirken. Sozial und ethisch heißt: Geben und Arbeiten statt Nehmen und Genießen soll das Losungswort der zukünftigen Erziehung und Rechtsordnung werden. Nur so kann der Menschheit das Glück winken.

Die Eifersucht beruht auf einer Kombination von Affekten: Angst und Wunsch (Sehnsucht) verbunden, läßt Unlust und Neid mit Zorn [illegible] gegen den vermuteten oder erwiesenen Störenfried des Glückes entstehen: das ist die Eifersucht. Um, wie zum Beispiel Fräulein Jordan im Roman „Arbeit" von Zola, die Eifersucht durch Liebe und Aufopferung überwinden und schließlich ganz besiegen zu können, muß man zu einem fast übermenschlichen Altruismus befähigt sein, und infolgedessen werden in der Regel Trennung und Ersatz in der Liebe die besten und einfachsten Heilmittel gegen die Eifersucht bleiben.

Die Psychoanalytiker haben sich in neuester Zeit vielfach mit dem Studium der Eifersucht beschäftigt. Leider aber kann auch die feinste reinigende Methode unsere Seele von vererbten Eigenschaften nicht säubern. Verzweifeln sollen wir trotzdem für alle Zukunft nicht, sondern mit vereinten Kräften weiter gegen die Eifersucht wie gegen alle anderen sozialen Uebel kämpfen.

Beim Straßenbau.

Von Max Dortu.

Unsere Stuten sind müde wie wir. Den ganzen Tag haben die Pferde schwere Wagen voll nasser Erdmassen durch breckige Wege gezogen. Die armen Tiere zittern, ihre hinteren Schenkel sind nicht mehr straff, sie sind schlappbängend. Zwischen den Schenkeln steht graugrüner Schaum, und die Augen der Stuten schillern furchterregend. Ein unheimlich dunkelroter Glanz steht hinter den großen geduldigen Pupillen: wie eine schwere Anklage, wie eine düstere Prophezeiung!

Auch unsere Armmuskeln erschlaffen. Immer noch stehen wir bis an die Fußknöchel im Schlamm. Der Hals ist trocken, und hätten wir statt der Schaufel eine scharfgeschliffene Axt in unseren Händen, dann möchten wir wohl Sturm laufen — gegen uns? Gegen unsere Ausbeuter.

Die Sonne wird lang. Den ganzen Tag über hatte sie ihre Faust zusammengeballt zu einem feurigen Klumpen, und damit hatte sie auf unsere Nacken gehämmert, daß der Hirnsoft schmerzend erzitterte. Alles ist uns Feind, nur wir Arbeitsgenossen sind uns Freund. Leid trägt Freundschaft. Geeintes Leid ist gute Freundschaft.

Es ist nun Feierabend geworden. Wir werden schlafen. Und träumen wollen wir von unseren Schicksalsgefährten: von den übermüdeten Stuten!

(Aus: Ein buntes proletarisches Skizzenbuch.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211018-13/fragment/page=0006